

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 275.

Dienstag, den 24. November 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die neuen Steuerprojekte.

2. Das Branntweinmonopol.

Das Reich muß unter die Schnapsbrenner gehen — das ist der Weisheit letzter Schluß. Die Branntweinsteuer bringt zurzeit 120 bis 130 Mill. Mark jährlich, Herr Sydow will 220 Millionen heraus schlagen und glaubt das durch ein „Zwischenhandelsmonopol“ zu erreichen. Käme es nun einzig auf die fiskalischen Interessen an, so wäre es leicht möglich, mehr aus der Branntweinsteuer herauszuschlagen, ohne die Konsumenten mehr als bisher zu belasten. Bekanntlich genießen die junkerlichen Schnapsbrenner eine Liebesgabe, man schaffe sie ab und dem Reich ist geholfen. Das aber darf Herr Sydow nicht vorschlagen, denn die Junkerinteressen sind sakrosankt. Deshalb ist er auf die Monopolidee verfallen und zwar will er dieses Monopol so gestalten, daß den Junkern ein noch größerer Extraprofit zufällt als bisher.

Natürlich werden die Motive hübsch verschwiegen und Herr Sydow kommt uns in der Begründung — demokratisch! Er verweist darauf, daß ein Zwischenhandelsmonopol in der demokratischen Schweiz besteht zur vollen Zufriedenheit der Bevölkerung. Die Tatsache stimmt, ein solches Monopol besteht in der Schweiz, aber die Handhabung dieses Monopols ist dem, was Herr Sydow vorschlägt, diametral entgegengesetzt. Erstens werden in der Schweiz die Produzenten von Schnaps nicht bevorzugt, während das deutsche Monopol den junkerlichen Nimmerfakt auf den Leib zugeschnitten ist. Zweitens ist in der Schweiz die Belastung des Konsums eine minimale, denn das Monopol bringt pro Kopf weniger ein, als in andern Staaten, während in Deutschland der Zweck ist, möglichst viel herauszuschinden. Drittens ist in der Schweiz Vorkämpfer der Trunksucht und ihrer Folgen verwendet werden, wovon in Deutschland keine Rede ist. Nicht der Geist der schweizerischen Demokratie stand Pate bei dem deutschen Projekte, sondern der Geist der russischen Volksvergifter. Das russische Monopol ist darauf berechnet, den Agrariern hohe Gewinne zuzuschlagen und die Bevölkerung auszupumpen, und dieses edle Muster hat offenbar Herrn Sydow vorgeschmeckt.

Beginnen wir mit den Aussichten, die den Schnapsbrennern bei Verwirklichung des Projektes winken. — Bekanntlich war die Schnapsbrennerei von jeher ein privilegiertes Gewerbe der Junker. Jahrhundertlang war das Versehen des Volkes mit Fusel ein Vorrecht der Edelleute; der Bauer mußte, ob er wollte oder nicht, den Schnaps kaufen und zahlen, den der Junker herstellte. Als das Regal fiel, ließen sich die Junker die Ablösung schwer bezahlen. Dann kam eine Zeit, wo die preussischen Junker drum und dran waren, die ganze Welt mit Fuselschnaps zu versehen und im freien Wettbewerb auf dem Weltmarkt ein glänzendes Geschäft zu machen, seit den achtziger Jahren aber ist die Schnapsbrennerei ein Mittel für die Junker, Liebesgaben zu beziehen, und jetzt will Herr Sydow diesen Zustand verewigen.

Um den Zusammenhang zu verstehen, muß man sich das Bestehende vergegenwärtigen. Die Branntweinsteuer ist darauf eingerichtet, daß ein Teil der Summe, die die Konsumenten über den realen Preis des Branntweins zahlen, den Schnapsbrennern und zwar den junkerlichen Schnapsbrennern in die Tasche fließt, und nur ein Teil in die Staatskasse. Es gibt Brennereien, die normalen kapitalistischen Profit abwerfen, aber die Brennereien der Junker werfen einen Extraprofit obendrein ab. Die Grundlage des Systems ist die „Kontingentierung“: den bestehenden Brennereien ist ein Quantum Spiritus vorgeschrieben (eben das Kontingent), das sie zu einem Steuerfuß von 50 Mk. Verbrauchsabgabe pro Hektoliter reinen Alkohols in Umsatz bringen dürfen. Wird über dieses Quantum hinaus produziert, so ist dafür 70 Mk. Abgabe zu entrichten. Nun ist aber das Gesamtkontingent so knapp berechnet, daß es den Bedarf nicht deckt, und daher wird der Marktpreis durch den Spiritus bedingt, für den 70 Mk. Abgabe gezahlt werden. Also: der Brenner entrichtet 50 Mk. Abgabe pro Hektoliter, der Preis wird um die volle Abgabe von 70 Mk. verteuert, es bleiben somit dem Brenner 20 Mk. Extraprofit pro Hektoliter reinen Alkohols. Dieser Extraprofit, die Liebesgabe, beträgt zurzeit an 48 Millionen Mark. Dazu kommt eine Exportprämie und zwar eine versteckte und eine offene, so daß der Extraprofit an 60 Millionen betragen dürfte. Das System war sehr schön ausgeklügelt, aber es schlug trotzdem fehl: der Profit lockte, es trat trotz der Erschwerung für neue Brennereien Überproduktion ein. Um sich ihrer zu erwehren, schlossen sich die Brennereien — und zwar vorwiegend die landwirt-

schaftlichen — zu einem Ring zusammen. Dieser Ring ist das berüchtigtste Wuchererindikat in Deutschland, es übertrifft noch das Kohlenindikat an skrupellosem Terrorismus gegen die Konkurrenten und die Abnehmer. Aber auch dieser Ring hat nicht alle Herzenswünsche der Agrarier in Erfüllung gehen lassen. Um im Inlande den Preis hochzuhalten, muß er möglichst viel Schnaps ausführen. Aber auf dem Weltmarkt gilt die Macht des preussischen Junkertums nicht mehr, der Absatz stottert, die Vorräte mehren sich und es ist in Jahren guter Ernte der Monopolpreis nicht mehr zu halten. Wenn es nun nur auf die fiskalischen Interessen ankäme, so wäre, wie gesagt, leicht zu helfen: die Kontingentierung wird abgeschafft, die Abgabe wird voll mit 70 Mk. pro Hektoliter erhoben; dann fließen die annähernd 60 Mill. Mark, die heute die privilegierten junkerlichen Brenner einlassen, in die Reichskasse und der Konsum würde nicht verteuert. Herr Sydow aber will es anders machen: die Junker sollen keinen Schaden haben, die Konsumenten aber sollen so stark belastet werden, als möglich. Dazu soll das Monopol dienen.

Die Grundzüge des Projektes sind die: die Brennereien bleiben Privatunternehmen; das Reich kauft ihnen den Spiritus ab, reinigt ihn auf seine Kosten und verkauft ihn im Großhandel; der Verkaufspreis wird so angelegt, daß die Kosten gedeckt werden und ein Gewinn von 220 (später 240) Mill. Mark erzielt wird.

Natürlich kommt alles auf den Einkaufspreis an. Je höher er ist, desto profitabler das Geschäft für die Junker, aber desto höher auch der Verkaufspreis. Nun, die Junker können beruhigt sein: wo sie Geschäfte mit dem Staate machen, da machen sie Geschäfte mit sich selbst, also profitable Geschäfte, und die Kosten tragen andere Leute. In der Tat sorgt Herr Sydow dafür, daß die Junker zufrieden sind und hat demgemäß die Bestimmungen für den Ankauf getroffen.

In dem schweizerischen Gesetze ist der Ankauf kaufmännisch behandelt: die Verwaltung kauft den Spiritus von dem, der ihn am billigsten anbietet. In keinem Fall aber wird mehr bezahlt, als der Preis, bei dem den Brennern unter Voraussetzung technisch rationellen Betriebes die Schlempe kostenlos verbleibt. Das ist erklärlich: die Schlempe ist ein wertvolles Futtermittel, wenn der landwirtschaftliche Brenner dieses Nebenprodukt kostenlos erhält, so ist das ein hoher Profit. Es zeigt sich denn auch, daß die schweizerischen Brennereien, infolge der Konkurrenz den Spiritus zu Preisen hergeben, bei denen ihnen die Schlempe nicht kostenlos verbleibt.

Was schlägt dagegen Herr Sydow vor? Erstens läßt er die famose Kontingentierung fortbestehen, zweitens will er keinen freien Wettbewerb in bezug auf den Preis, drittens soll den ostelbischen Junkern die Liebesgabe erhalten bleiben, viertens soll die kostenlose Schlempe nicht das Maximum des Preises begrenzen — wie in der Schweiz — sondern das Minimum.

Die Bestimmungen sehen nämlich so aus: 1. alljährlich wird ein „Grundpreis“ bestimmt von dem Vertriebsamt und einem Beirat, in dem die Junker die Majorität haben; 2. die Kontingentierung bleibt bestehen, die junkerlichen Brenner haben ein Unrecht darauf, daß ihnen der Staat den Fusel zu jenem Preise abnimmt; 3. jener „Grundpreis“ muß so bemessen sein, daß er bei durchschnittlicher Produktivität mindestens die Kosten deckt und die Schlempe frei läßt; 4. Brennereien, die unter 800 Hektoliter Alkohol brennen (das sind die weitaus meisten Brennereien auf den ostelbischen Rittergütern) erhalten einen Aufschlag auf den Grundpreis; dagegen wird den sogenannten „gemeinlichen“ Brennereien der Grundpreis gekürzt.

In der Tat ein feines Geschäft! Die Junker bekommen ein Monopol auf die Schnapsbrennerei und der Staat ist verpflichtet, ihnen den Fusel zu profitablen Preisen abzunehmen. Fortan mag auf dem Weltmarkt vorgehen, was will, es mögen technische Umwälzungen kommen, wie immer, solange das Reich besteht und die Junker es regieren, bekommen sie ihren Fusel gut bezahlt.

Aber auch für andere Interessenten ist gesorgt. Es kommen nämlich die Spiritfabriken, die bisher den Fusel reinigten, und die Großhändler in Betracht. Das sind keine junkerlichen Gewerbe, sondern es sind das Domänen des mobilen Kapitals. Fortan kann man damit keinen Profit machen, denn das Reich wird Schnapsreiniger und Händler. Was also soll mit den armen Kapitalisten geschehen, die bisher hier ihren Entbehrungslohn fanden? Nun, wir leben in Zeiten des Blocks, und deshalb nimmt sich Herr Sydow der Schutzbeschlüssen des Freisinn an. Einen Teil der Fabriken und Lager kauft das Reich, einen Teil läßt es gegen Miete für sich arbeiten, einen Teil kauft es auf, um sie still zu legen. Für diesen Ankauf werden 34½ Millionen in Aufschlag gebracht. In der Presse wird zwar geschimpft, aber — seit den Verhandlungen zwischen dem Reichsamt und den Spiritfabrikanten

steigen die Aktien dieser Fabriken wie toll. Es ist also offenbar die Abfindung derart, daß ein guter Rebhach dabei zu machen ist. Wie es mit den Interessen des Reiches und der Konsumenten bestellt ist, darüber in einem zweiten Artikel.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Reichstags

wurde am Montag die Steuerschlacht fortgesetzt. Für die Freisinnige Volkspartei sprach nicht, wie es erst geheißen, Müller-Meinigen, sondern Herr Wiemer, der diesmal sein Bezirksvereinspathos auf den höchsten Oppositionston stimmte. Seine Angriffe gegen die Steuer- und Wirtschaftspolitik der Bismärckischen Erben waren scharf, seine Ablagen klangen bestimmt; aber die beigefügte Klausel „Unsere endgültige Stellungnahme behalten wir uns vor“ und die Chamäleonbeschwämde Wandlungsfähigkeit des Freisinn in der Verbnburgperiode rauben der Bestimmtheit viel von ihrem Werte. Wir haben es nun schon oft genug erlebt, daß der donnernde Volkskrieger erster Leistung sich in dem staatsmännischen Senator dritter Leistung verwanndelte. Nach Wiemer sprach der Antisemit Zimmermann Mittelständisches. Herr von Rheinbaben erschien auf der Bildfläche, wartete mit Calwer-Titeln und Kalauern auf und beklagte das schreckliche Schicksal der armen Erben in England, die für den Tod teurer Onkels und geliebter Tanten fürchterlich an den Staat blechen müssen. Der Lacherfolg, den die Berede Rheinbabens bei der Linken hatte, war überwältigend, wurde aber weit übertrumpft durch den Orkan von Heiterkeit, den Herr Camp entfesselte, als er seine im übrigen recht einschläfernden Darlegungen mit dem schönen Satz begann: noch keine Vorlage ist bei der Bevölkerung so beifällig aufgenommen worden, wie diese. Herr Schrader von der Freisinnigen Vereinigung und Herr von Bayer von der Süddeutschen Volkspartei sprachen im Sinne Wiemers. Der Württembergische Kammerpräsident, der beim Vereinsgehege sich durch seine Kompromißrede Hagedorn'sches Lob verdiente, biß diesmal den unentwegten Demokraten heraus und ließ so etwas von der Möglichkeit durchblicken, daß die linksliberale Fraktionsgemeinschaft ihre Haltung zur Finanzreform von der Gewährung konstitutioneller Garantien gegen den Unfug des persönlichen Regiments abhängig machen könne. Hoffentlich liest man es nach Tisch nicht anders.

Am Dienstag stehen die Interpellationen über das Grubenunglück zur Beratung.

Die „geheiligte Person des Monarchen“ und die „Kreuzzeitung“.

Die „Kreuzzeitung“, die anfangs sehr lebhaft mit in das Horn der Bekämpfer des persönlichen Regiments blies, stellt in ihrer letzten „Wochen-Rundschau“ (Sonntagsnummer) Betrachtungen über die letzte Kaiseraffäre an. Überschwänglich wird der Kaiser gepriesen ob seiner Erklärung; seine persönlichen Eingriffe in öffentliche Vorgänge werden entschuldigend:

Wer will ihm (dem Kaiser) das „Recht auf Persönlichkeit“ bestreiten? Wir Preußen sicherlich nicht. Wer in der altpreussischen Tradition aufgewachsen ist, für den ist es keine leere Formel, wenn der König seine Herrschergewalt als „von Gottes Gnaden“ stammend bezeichnet. Dieses Wort hat eine religiöse Bedeutung: es bindet unser christliches Gewissen an den Gehorsam gegen den von Gott uns gesetzten Fürsten. Irgend ein Unsehbarkeitsnimbus ist mit dem Gottesgnadentum nicht verbunden. Aber es verbietet uns die Kritik nicht an den Regierungshandlungen, wohl aber an der geheiligten Person des Monarchen. . . . Man wird uns auf allen Seiten recht geben, wenn wir sagen: eine so unehrerbietige Kritik, wie sie von einzelnen Rednern im Reichstag an der Person des Kaisers geübt worden ist, ist für das preussische Gefühl tief verlegend, sie wäre im preussischen Landtag ganz undenkbar. Eben darum muß alles vermieden werden, daß der Reichstag, der ebenso wenig wie der preussische Landtag ein verfassungsmäßiges Recht zur Kritik des Staatsoberhauptes besitzt, auch keinen Anlaß mehr bekommt, sich dieses Recht zu nehmen. . . .

Nachdem die Angelegenheit nach der persönlichen Seite erledigt ist, erwarten wir mit Sicherheit, daß auch der Reichstag sie nicht wieder berührt. Die Bemühungen der Sozialdemokratie, bei der Beratung ihres Antrages auf Erlass eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes die Person des Kaisers wieder in die Debatte zu ziehen, müssen vereitelt werden. Sollte der Reichstag, was wir nicht glauben, noch einmal das monarchische Empfinden der Preußen auf eine so starke Probe stellen, so müßte Preußen Garantien zum Schutz

der verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers gegen den Reichstag verlangen, nicht umgekehrt. . . .

Die Schuldentilgung,

wie sie vom Deutschen Reich nunmehr seit 15 Jahren gelbt wird, findet eine knappe aber erschöpfende Beleuchtung in Schuppels Artikel über die Reichssteuerentwürfe in den „Sozialistischen Monatsheften“. Der Block soll ja jetzt berufen sein, die Mission der Schuldentilgung zu erfüllen. Dazu bemerkt nun Schuppel:

„Anfang 1896 fühlte sich nicht minder das Zentrum berufen, „endlich Ernst zu machen mit der Tilgung der Reichsschuld“, wie der Abgeordnete Dr. Lieber am 20. März der Regierung und dem Reichstag verkündete, jedes Wort seiner programmatischen Rede wie den Hammer Schlag bei einer Grundsteinlegung feierlich abmessend. Und Herr Müller-Fulda widmete dem großen politischen Ereignis, das er mit dem „Tage des 25 jährigen Jubiläums des deutschen Reichstages“ in etwas gesuchte Verbindung brachte, eine besondere Broschüre, die mit den stolzen Worten schloß:

„Die Frage der Reichsfinanzreform war, wenn auch zunächst nur auf beschränkte Zeit, in befriedigender Weise gelöst. Gegenüber der im Jahre 1893 geplanten Finanzreform des Bundesrats mit 100 Millionen neuer Steuern war die Finanzreform des Zentrums, ohne neue Belastung der Steuerzahler und im Sinne verständiger Sparlichkeit, zur Annahme gelangt. Zum ersten mal seit dessen Bestehen war ein Anfang gemacht worden mit der Tilgung der Schulden des Deutschen Reichs.“

Das war, wie gesagt, 1895-1896 bei etwa 2 1/2 Milliarden Mark Reichsschulden. Heute, nach 12 Jahren, von denen 10 der Periode der Zentrumsführung angehören - haben wir uns auf rund 4 1/2 Milliarden Mark hinaufgelassen. Das war die erste Schuldenabschüttelung. Die zweite Tilgung legten wir uns 10 Jahre später mit mindestens 3/4 Proz. auf. Aber wir hatten hernach und bis zur Stunde niemals das Geld dazu. Die Ausgaben, die Ausgaben . . . Wie wird der dritte Anlauf werden?“

Eine Bankumsatzsteuer.

Der Schutzverband „Reichsfinanzreform“ - jene Vereinigung, die sich gebildet hat aus Mitgliedern des Reichsländerverbandes und Abgeordneten des Blocks - unterbreitet der Öffentlichkeit den Entwurf zu einer Bankumsatzsteuer. Es wird darin bestimmt:

Der Bankverkehr ist im Reich nach Maßgabe dieses Gesetzes stempelspflichtig. Die Höhe des Stempels wird für jedes Wirtschaftsjahr neu festgesetzt (für das kommende Jahr wird die Erhebung von ein zehntel Prozent vorgeschlagen.)

Die Stempelkosten fallen grundsätzlich dem zur Last, der in irgend einer Form an einer Bank im Bundesgebiet Geld empfängt. Die Banken sind dem Reich für die rechtzeitige Kaffierung des Stempels haftbar.

Diese Bankumsatzsteuer soll die Nachlasssteuer und alle den Agrariern unangenehmen Belastungen der Finanzreform beseitigen.

Das Automobilgesetz.

Unter Führung des von Wilhelm II. protegierten kaiserlichen Automobilklubs haben die Pfleger des Progeniparis sich zum Protest gegen das geplante Automobilgesetz, das die Haftpflicht der Automobilbesitzer für angerichteten Schaden regeln soll, zusammengetan. Die Herrschaften wollen sich das Privilegium, die Landstraße unsicher zu machen, nicht durch Ansprüche an ihren Geldbeutel beeinträchtigen lassen. Es ist erfreulich, daß demgegenüber die Presse, vielleicht mit Ausnahme einiger Sportblätter, einig ist gegen den Automobilzug. Sogar die „Kreuz-Ztg.“ nimmt entschieden Stellung gegen das Unwesen und bedauert, daß dagegen nicht schon früher vorgegangen worden sei und auch die neue Gesetzesvorlage noch die wünschenswerte Schärfe vermissen lasse. In einer Zuschrift an das Blatt wird von der steigenden Verbitterung gegen die Automobilrajerei gesprochen und gesagt:

„Es ist wahrlich nur geeignet, diese Verbitterung - wenn es möglich wäre - noch zu steigern, wenn man es im Gegenseite zu der österreichischen Gesetzgebung bei uns unternimmt, dem Reichstag einen Entwurf vorzulegen, in welchem unter Durchbrechung aller sonst geltenden und allgemein anerkannten Rechtsgrundsätze der Anspruch des Verletzten nicht von der Höhe seines Schadens, sondern von willkürlich normierten Höchstbeträgen begrenzt wird: eine einseitige Begünstigung der Schuldigen, regelmäßig der Hohen und Reichen, und eine durch nichts zu rechtfertigende Rechtslosigkeit des unschuldig Verletzten, für die es schwer sein dürfte, in der Geschichte der Gesetzgebung aller Zeiten ein Gegenstück zu finden.“

Dazu bemerkt die Redaktion: „Wir geben dieses Stimmungsbild hier wieder, weil es ohne Zweifel die Ansicht weitester Kreise unseres Volkes wieder spiegelt. Wenn nach der Begründung der amtlichen Vorlage die Zahl der Unfälle sich in demselben Verhältnis vermehrt wie die Zahl der Fahrzeuge, wenn in dem Jahre vom 1. Oktober 1906 bis dahin 1907 in Berlin auf je 100 Kraftfahrzeuge mehr als 106 Unfälle gekommen sind, so zeigt das, daß Polizei und Gesetzgebung ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden sind. Die Rücksicht auf Leib und Seele der Bevölkerung muß unbedingt mit der Rücksicht auf die Entwicklung eines ausgedehnten Verkehrsmittels und auf die Automobilindustrie mehr in Einklang gebracht werden, was man auch angeben, daß ganz ohne menschliche Opfer waltende Verkehrsneuerungen dieser Art sich leider nicht durchführen lassen. Es ist im Vergleich zu früher kein Ruhmesstück der heutigen Gesetzgebung, daß sie die hiesige Materie immer noch nicht Herr geworden ist. Im Dezember 1835 wurde die erste deutsche Eisenbahn von Nürnberg nach Regensburg eröffnet, im Jahre 1838 die erste preussische Eisenbahn von Berlin nach Potsdam, und schon vom 3. Januar desselben Jahres batiert das mühseligeren Eisenbahngesetz, das, ein Denkmal voraussetzender Gesetzgebungskunst, in allen seinen wesentlichen Teilen noch jetzt besteht. Damals hat man es nicht für erforderlich gehalten, für die Regelung der Schadenersatzpflicht erst die Statistik der Verun-

glückungen abzuwarten. Man hat auch in der damaligen kapitalarmen Zeit nicht geglaubt, die Lebensfähigkeit der mühsam fundierten Eisenbahngesellschaften zu unterbinden, wenn man sie in bezug auf die Höhe von Schadenersatzansprüchen dem gemeinen Rechte des Landes unterwarf. Mögen die Beratungen im Reichstage dazu führen, die gesetzliche Regelung des Automobilverkehrs nun endlich zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen. Wir glauben, das entspricht auch dem Interesse des Automobilwesens selbst, denn eine weitere Hinauszögerung würde nur dazu führen, die dem Automobil feindliche Stimmung immer mehr zu verschärfen, dann kann allerdings die Gefahr entstehen, daß die Gesetzgebung zu übereilten und ungerechten Schritten sich hinreißen läßt.“

Das unterdrückte Kaiser-Interview.

Anscheinend offiziös wird erklärt, daß die vom „World“ veröffentlichten Äußerungen des Kaisers auf Erfindung beruhen. Trotzdem soll aber von dem unterdrückten Kaiser-Interview die „Times“ einen Abzug besitzen, von dessen Veröffentlichung sie aus politischen Gründen vorläufig absieht. Sedenfalls ist, was übrigens auch vorauszufragen war, eines oder mehrere Exemplare des „Century Magazine“ nicht mitverändert worden, sondern befinden sich in den Händen der Redaktionen einiger größerer englischer und amerikanischer Blätter, sodaß mit Sicherheit angenommen werden darf, daß das Gespräch, das Wilhelm II. mit dem Journalisten Hale geführt hat, über kurz oder lang doch in die Öffentlichkeit kommt. Aus den Anstrengungen, die gemacht werden, eine Veröffentlichung zu hintertreiben, muß wohl oder übel geschlossen werden, daß dieses Gespräch nicht weniger Staub aufwirbeln wird, als die Veröffentlichung des Kaiser-Interviews im „Daily-Telegraph“.

Gemeindewahlzettel.

München. Bei den gestrigen Gemeindewahlen haben unsere Genossen ein Mandat behauptet und sechs erobert, so daß nunmehr 14 Sozialdemokraten im Kollegium sind und sechs im Magistrat. - Nürnberg. Das Ergebnis der gestrigen Gemeindewahl steht noch nicht endgültig fest, doch sind voraussichtlich gewählt: 9 Sozialdemokraten, 8 Liberale, 1 Mittelständler 1 Zentrum und 1 Demokrat.

Die Explosionen auf Zeebe Radbod.

Seit der Schließung der beiden Schächte kamen auf der Zeebe Radbod 1 und 2 wiederholt Explosionen in der Grube vor, die über Tage an dem selbstschreibenden Deformationsmesser und den Bewegungen der Schacht-eindeckung erkannt wurden. Die Explosion, die sich Sonntag ereignete, war von größerer Heftigkeit und von einer starken Detonation begleitet; sie zertrümmerte die Eindeckung beider Schächte und einen Teil der Einwölbung des Wetterkanals. Der Ventilator hat nicht gelitten. Verletzt wurde niemand. Die Vorarbeiten für die Wiederaufnahme des Betriebes werden nicht beeinträchtigt. Zurzeit werden pro Minute 30 Kubikmeter Wasser in die Grube eingelassen. Voraussichtlich werden am nächsten Mittwoch alle drei Sohlen unter Wasser stehen. Das Gerücht über eine Demolierung der Schachtgebäude ist unwar. Auch die Annahme, daß die Explosion infolge Sprengung der Dynamikkammer erfolgt sei, bestätigt sich nicht.

Rußland.

Der Krieg ohne den „Kriegszustand“. Bei der Aufhebung des Kriegszustandes in den Ostprovinzen war es ja leicht vorauszufragen, daß der Blutkönig von Riga, Müller-Sakomelski, den Krieg trotzdem weiterzuführen wissen wird. So geht es denn auch tatsächlich nach der alten Art fort. Die auf die Dauer des Kriegszustandes ausgewiesenen Bürger und Arbeiter sind zum Teil zurückgekehrt. Man beobachtet sie aber durch Spione und wird wohl bald einen neuen Ausweisungsgrund gefunden haben. Die zurückgekehrten Arbeiter werden in den Fabriken ohne ein Zeugnis der Polizei nicht angenommen. Solche Zeugnisse erhalten aber die Arbeiter nicht. Man zwingt sie also zum Hungertode oder zum Verbrechen! Das ist die letzte Etappe auf dem amtlichen Wege zur Demoralisation der ehrlichen Bevölkerung. - Aus Dorpat wurde der junge Advokat Lui Oleik nach der Aufhebung des Kriegszustandes nach Wolagda ausgewiesen! Ein ehemaliger Redakteur des sozialdemokratischen Organs „Undisib“, J. Kotjar, der bereits zu drei Jahren Gefängnis verurteilt war, wurde dieser Tage abermals zu weiteren drei Jahren verurteilt. Kotjar büßt eben die ersten drei Jahre ab! Desgleichen sind mehrere Bauern, Schullehrer usw. in den letzten Tagen wegen politischer Delikte auf Jahre verurteilt worden. Das Kriegsgericht von Reval „arbeitet“ nach wie vor kurz, es ist keinerlei Änderung auf dem Schlachtfelde eingetreten.

Einen Oberhirsch zur Strecke gebracht

haben am letzten Sonnabend abend die hiesigen freiozialistischen Holzarbeiter. Der Lübecker Ortsverein des Gewerkschaftsvereins der Tischler H.-D. hatte nach dem Lokale „Bürgerverein“ eine öffentliche Holzarbeiter-Versammlung einberufen. Als Referent war der in Lübecker Holzarbeiterkreisen unermüdet bekannte „Führer“ Schumacher-Berlin erschienen. Die Versammlung war überfüllt und von ca. 250 Anwesenden waren drei Viertel freiozialistische Holzarbeiter; ein Viertel gehörte zu den Christlichorganisierten und den Drüsen. Nun sollte Herr Schumacher über den Tagesordnungspunkt „Der Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter H.-D. und seine Gegner“ sprechen, und er versuchte auch in knapp einstündiger Saldareei diesem nachzukommen. Er sprach von allem Möglichen und Unmöglichen. Die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung, das Leben und Wirken Ferd. Lassalles, die Organisations-Gründungen v. Schweigers und Frutches, Bismarck und das Sozialistengesetz, den politischen Massenstreik und die Lokalfisten. Alles war er lunterbunt durcheinander. Unter anderem erwähnte er auch daß der Parteivorstand auf einem Parteitag beauftragt worden sei, gegebenenfalls den Generalstreik zu propagieren - er sagte natürlich proklamieren - daß aber derselbe Parteivorstand den Befürworter des Massenstreiks später aus der Partei ausgeschlossen hätte. Dabei weiß dieser edle Hirsch sehr gut, daß die Lokalfisten deswegen nicht

aus der Partei ausgeschlossen wurden. Auch die langen Ausführungen über den Vater ihrer Organisation, Dr. Max Hirsch, und die Enttarnung, die er zeigte als er den ihnen oft gemachten Vorwurf, Hirsch sei in den sechziger Jahren im Auftrage der Fortschrittspartei nach England gereist, um die dortigen Gewerkschaften zu studieren, widerlegte. Aber meinte er, die freien Gewerkschaften denken: „Berleunde nur frech darauf los, etwas bleibt immer hängen!“ Wie sehr diese Worte auf diesen Streikbrecherorganisator selbst pafsen, zeigte er im Verlauf seiner letzten Ausführungen. Auf dem tiefsten Niveau stand er mit seiner „Rede“ aber, als er einige sehr geschmacklose aberne Bemerkungen über Ferd. Lassalles in den Duell machte und die Stellung der heutigen Sozialdemokratie zum Duell noch dem toten Lassalles vorhalten wollte. Schumacher besprach dann noch verschiedene Lohnbewegungen in einigen deutschen Städten, sagte über die schlechte Behandlung ihrer Organisation von Seiten des Holzarbeiterverbandes, sprach von Unterdrückung der Minorität, von gehorchen und nichts zu sagen haben und vom schrecklichen Terrorismus. Trotz aller Anpassungen von Seiten der Mitglieder der freien Gewerkschaften, doch von Lübeck und seinen eigenen Schandtaten zu sprechen, kam er nicht dazu. Er nahm wohl einmal einen Anlauf, aber mit einem Male befand er sich wieder in Berlin und aus seinen verschleierten und verlegenen Erklärungen zeigte sich ein „schuldig fühlen“. Er hatte keine andere Rechtfertigung für die Gründung der Streikbrecherorganisation an hiesigen Orte, als daß er sagte: „Zeit in Deutschland der Holzarbeiterverband systematisch die Hirsche bei Lohnbewegungen von den Vorberatungen fernhielt, seien sie dazu gekommen, überall Ortsvereine zu gründen. Damit meinte er den ersten Punkt der Tagesordnung erledigt zu haben, und im Bewußtsein, etwas Großes für die moderne Arbeitswilligen, - pardon, Hirsch-Dunckerische Organisation getan zu haben, verließ er würdevoll das Rednerort. - Darauf erhielt in der Diskussion als erster das Wort der Kollege Aug. Schulz, Vorsitzender der hiesigen Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes. Derselbe hielt nun das eigentliche Referat über „Der Gewerkschaftsverein der Tischler H.-D. und seine Gegner“. In fast zweistündigen Ausführungen verstand es der Redner, auf Grund seiner Erfahrungen in der Holzarbeiterbewegung und bei Leitung des letzten großen Streiks alles das nachzuholen, was der Herr Schumacher über den Gewerkschaftsverein und seine Gegner zu sagen vergessen hatte oder aus einem gewissen Schamgefühl heraus nicht anführen wollte. Schulz widerlegte treffend die unrichtigen Angaben des Herrn Schumacher über die Anfangsgeschichte der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Wenn der Referent gesagt habe, daß die freien Gewerkschaften jetzt alles das nachmachen, was die Hirsche schon seit Jahren erstreben, so sei das in bedingter Weise richtig, aber die Gewerkschaften „erstreben“ seit 40 Jahren alles mögliche, als Tarifgemeinschaften, Schlichtsgerichte und dergleichen, wohingegen die freien Gewerkschaften durch den wirtschaftlichen Kampf, ja oft durch jahrelange hartnäckige Kämpfe dem Unternehmertum alles abringen mußten, um dann das von den Hirschen „Erstrebte“ zur Einführung zu bringen; das sei der Unterschied. Dann besprach Schulz in längeren Ausführungen die Leistungen der Gewerkschaften der Tischler und die des Holzarbeiterverbandes, des weiteren die Erfolge als auch die sogenannten Vergütungen beider Organisationen, alles auf Grund prozentualer Berechnungen, um dem Vorwurf von Seiten der Hirsche aus dem Wege zu gehen, der Holzarbeiterverband prunkte mit den großen Zahlen. Dann kam unter liebes Lübeck an die Reihe und die hiesigen Hirsche mußten mitsamt dem Erzeuger ihrer Organisation sich bittere Wahrheiten sagen lassen. Rücksichtslos deckte der Redner das scholle Verhalten der größtenteils im Saale anwesenden Arbeitswilligen vom letzten Streik auf, und schilberte die Streikbrechertransporte in karitativer Weise den anwesenden Herren, die auf diesem wenig rühmlichen Wege „Mitbürger“ Lübecks geworden, ihre erbärmliche Haltung zeigend, die sie bewiesen haben, als sie sich wie eine Ware verpacken und unter Bewachung befördern ließen. Hier wurde Schulz des öfteren durch Zwischenrufe der soeben geschickten Personen unterbrochen. Redner rief ihnen darauf mit Recht zu: Die Herren brüsten sich noch mit ihrer Berräterei gegenüber ihren kämpfenden Kollegen, da ist schon die Scham zu den Hundsn er stehen. (Großer Beifall.) Nun kam die Gründung des hiesigen Ortsvereins der Tischler zur Sprache, und treffend, an der Hand von einwandfreien Schriftstücken, bewies Redner das Gegenteil von dem, was die Hirsche stets als Entschuldigung angeben, nämlich, der Ortsverein sei hier gegründet, als der Streik der Holzarbeiter schon aufgehoben war. Nein, meine Herren, so führte der Redner aus, der Streik bestand noch, er war in vollem Gange und die Herren haben es gewußt. Trotzdem haben sie auf Verlangen der Arbeitgeber hier den Ortsverein gegründet, im Beisein einiger Meister und im Innungsversammlungsort. Dann wurde mit dieser neu gegründeten Organisation ein Tarif abgeschlossen und mit diesem Tarif reichten die Herren Arbeitgeber in den Gegenden Deutschlands herum, wo besonders die Hirsche dominieren, um Arbeitswillige zu ergattern, teils mit Erfolg, teils aber mußten sie einige Enttäuschungen erleben. Könnte doch Schulz eine Karte verlesen, die zwei von Bromberg auf Grund dieses durch Berräterei zustande gekommenen Tarifs hergeholte Arbeitswillige geschickten hatten, nachdem ihnen die Situation hierorts von den Streikenden geschickert war; sie konnten es mit ihrer Ehre nicht vereinbaren, hier in Arbeit zu treten. Auf dieser Karte an einen Organisationsfreund in Bromberg erklären die beiden Gewerkschaften, daß sie verkehrt unterrichtet worden seien, denn in Lübeck streifen 400 Kollegen schon ein Jahr und ihre Arbeitsbrüder in den Rücken fallen, wollten sie nicht; er möge dafür sorgen, daß die anderen dort nach Lübeck angeworbenen Kollegen nicht mehr abreisen. Sie würden selbst auf dem schnellsten Wege zur Hilfe kommen. Das schrieben Verbandskollegen des Herrn Schumacher und letzterer hatte den traurigen Mut dem Kollegen Schulz hier zuzurufen: „Diese Karte haben sie ja diktiert, Herr Schulz“; daß der Oberhirsch hier vom Kollegen Schulz eine gründliche Abfuhr erhielt versteht sich am Rande. Auch der Einwand von Seiten der Hirsche, daß die Arbeitgeber mit der Gründung der Organisation nichts zu tun hätten sei himffällig, denn alle Nebenrechnungen in der damaligen Zeit weisen auf die Richtigkeit unserer Behauptung hin, inwiefern doch die Arbeitgeber sich erst an die Organisation der christlichen Holzarbeiter wandten mit demselben Ansinnen, hier aber energig zurückgewiesen wurden. Dann ging Schulz scharf mit dem allbekanntesten Arbeitswilligen Höhs ins Gericht und schilderte dessen Treiben beim letzten Holzarbeiterstreik und beim Bauarbeiterstreik 2 Jahre vorher. Es gehöre eine gewisse Portion Unverfrorenheit dazu, wenn man es wage, sich vor den Hunderten von Arbeitskollegen hinzustellen, die meistens unter Entbehrungen und persönlichen Nachteilen die 15 Monate mit Mut und Begeisterung im Kampfe verharren, und sein Verhalten noch zu verteidigen luche. Unter feierlicher Stille im Saal stellte dann der Kollege Schulz dem Herrn Schumacher die Fragen: Herr Schumacher, haben sie wirklich nicht gewußt, daß Mitte Februar 1907 der Streik der hiesigen Holzarbeiter noch nicht beendet war? Haben sie ferner nicht gewußt, daß diejenigen, die Sie organisierten sollten, lauter Arbeitswillige

wären? Herr Schumacher, ich bitte um gründliche, wahrheitsgemäße Antwort auf diese Fragen! Herr Schumacher kniete immer mehr zusammen unter der Wucht der moralischen Schläge, die ihm der Kollege Schulz versetzte; lechter schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß, sollten wir in Lübeck einmal wieder in eine Lohnbewegung kommen, wir mit diesen Leuten, die im Ortsverein der Tischler H. D. sitzen, nicht zusammen arbeiten könnten. Das Verhalten dieser Leute beim letzten Streik werde von der Lübecker Arbeiterschaft so leicht nicht vergessen und für diese Leute hätten wir nur die ihnen gebührende Wertschätzung. Sonst sind wir zu jeder Zeit bereit, mit ehrlichen gegnerischen Organisationen gemeinsam den Kampf zur Erbringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu führen. Sollten noch Holzarbeiter im Saale sein, die noch keiner Organisation angehören, so fordere er dieselben auf, sich dem Deutschen Holzarbeiter-Verbande anzuschließen, der in jeder Weise ehrlich und intensiv die Interessen seiner Mitglieder vertritt. (Stürmischer Beifall lobte den Redner.) — Nun entstand ein kleiner Tumult, verursacht durch das Verhalten der Versammlungsleitung. Der Vorsitzende gab nämlich nach Schulz dem vom Streik her bekannten Arbeitswilligen Neubert das Wort, trotzdem sich ein Vertreter der christlichen Holzarbeiter eher zum Wort gemeldet hatte. Obgleich die leitenden Girsche es erst abstritten, eine Schiebung in der Rednerliste vorgenommen zu haben, mußten sie doch auf energischen Protest der Versammelten diesen Schwindel zugeben und erhielt nun der Vertreter der Christen das Wort. Derselbe ging mit den Girschen teils noch schärfer ins Gericht wie der Vortredner, indem er ihnen Unwahrhaftigkeit, Intoleranz gegenüber dem Gegner und Mangel an Objektivität in der Berichterstattung vorwarf. Er betonte, daß die Christen mehr Kämpfe gemeinsam mit dem Holzarbeiter-Verbande durchgemacht hätten, als die Girsche, und das sei ja erklärlich, denn die Girsche wagen sich ja nicht raus. Er wolle sich aber hier nicht als Anwalt der freionqualifizierten Holzarbeiter aufspielen, das betone er ausdrücklich. Wir sind keine Klassenkämpfer, dadurch unterscheiden wir uns von dem Holzarbeiter-Verband, aber zur Erbringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen wir gemeinsam mit allen ehrlich denkenden Arbeitern, so schloß der Redner. Dem erhielt noch Herr Köhls das Wort. Mit einem umfangreichen Aktenmaterial à la Wohlwardt schritt er zum Rednerpult. Er holte weit aus, mußte aber bald wieder Schluß machen, da die Lübecker Kollegen ihm so kräftige, aber bitter wahre Zurufe zukommen ließen, daß er es für das Beste hielt, sich nicht weiter den Mund zu verbrennen. Ein mehrmaliger Versuch des Herrn Schumacher, nach jedem Redner das Wort zu nehmen, scheiterte an dem Protest der Versammlung. Alles Beteuern, daß es doch so gang und gäbe sei, daß der Referent nach jedem Redner sprechen dürfe, half nichts; die Versammlung merkte den Worten, er wollte alles hinausreden und dann wäre die Zeit zu weit vorgegriffen, so daß niemand mehr zum Worte hätte kommen können. Dem Referenten gehörte selbstverständlich das Schlusswort und weiter gibt's nicht. In dem nunmehr erfolgenden allgemeinen „Aufstand“ entstand so ein Zohwabohu, daß der leitende Girsche schnell die Versammlung um 1 1/2 Uhr schloß. Wahrscheinlich, der Herr Schumacher sowie seine hiesigen Schützlinge werden noch lange an diese Versammlung denken, denn eine so gründliche, wohlverdiente Abfuhr haben sie schon lange verdient.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 24. November.
Achtung, Zimmerer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Salow und Höpner die Sperre verhängt. In Betracht kommt der Bau Grismühle.
Achtung Zimmerer! über das Geschäft des Zimmermeisters Naumann in Echorn ist seitens der Zahlstelle Stockelsdorf der Zimmerer die Sperre verhängt.
Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Madel, Hasenburger Allee Nr. 51, Fabz. Werderstraße die Sperre verhängt. In Betracht kommen folgende Bauten der Firma Görner u. Seidenreich: Fünfhausen Nr. 21-23, Grismühle in der Hasenstraße, Sietbau Markt, Kaltenhof bei Schwartau.
Achtung Bauarbeiter! über die Sietbauarbeiten in der Marktstraße, ausgeführt von der Firma Seidenreich und Görner, ist wegen Nichtinhaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten H. Madel und F. Fabz im Fünfhausen und über den Bau Hasenstraße (Grismühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

sg. Die Bürgererschaft trat gestern wieder einmal zu einer Sitzung zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wies der Vorsitzende Dr. Görz mit Recht darauf hin, daß in der letzten Zeit die Initiativanträge, die aus der Mitte der Bürgererschaft kommen, sehr stiefmütterlich behandelt worden seien. Der Vorsitzende gab seine Ansicht dahin kund, daß er fortan die Sitzungen vertagen werde, um so dem leidigen Zustand ein Ende zu bereiten. Genosse Wissell unterstützte diese Ausführungen, meinte aber, daß die Bürgererschaft nicht immer pünktlich abends 10 Uhr Schluß zu machen brauche. In anderen Städten tagten die kommunalen Körperschaften auch länger. Herr Wühsa meinte die Gelegenheit, um zu fordern, in der Folgezeit nur diejenigen Initiativanträge auf die Tagesordnung zu setzen, die schon bei ihrer Einbringung genügend unterstützt seien. Der Vorsitzende wies den Redner darauf hin, daß die Geschäftsordnung dem widerspreche. Hauptsächlich hört jetzt endlich der Mißstand auf, daß man Anträge der Bürgerchaftsmitglieder monatlang in der Tagesordnung mitschleppt und sie erst nach Monaten zur Verhandlung kommen läßt.
Bei Beratung eines Antrages auf Einrichtung des ehemaligen Girschen Hauses für die Belegung mit Kranken rügte Herr Dühring die gegenwärtigen Zustände im Krankenhaus; es herricht dort eine Überfüllung, der unbedingt abgeholfen werden muß.
Der Senatsantrag auf Nachbewilligung einer Summe auf die Ausgaben der Staats-Fremdanstalt gab Genossen Wissell Anlaß, scharf dagegen zu protestieren, daß Ersparungen, die auf irgendeinem Gebiete gemacht worden sind, dazu verwendet werden. Mehrausgaben auf anderen Gebieten zu decken. Die Ausführungen vom Senatstische waren nicht geeignet, diese berechtigten Einwände unseres Redners zu entkräften.
Eine längere Debatte rief, wie vorauszu sehen war, die Beratung der Einkommensteuervorlage hervor. Es handelt sich hier hauptsächlich darum, an Stelle der bisherigen festen Steuersätze eine bewegliche Steuer auf der Grundlage von feststehenden Einheiten einzuführen. Der Senat schlug vor, nicht unter 4 und nicht über 6 Einheiten hinauszugehen. Die festzusetzende Zahl der Einheiten unterliegt dem alljährlichen Beschluß der Bürgererschaft. Von unserer Seite sprach zunächst Genosse Stelling; der anerkannte, daß die Vorlage einige Verbesserungen in sich berge.

Es seien aber auch Verschlechterungen für die Arbeiterklasse in dem Gesetz enthalten. Bei 6 Einheiten — unter denen wir niemals bleiben — würden die niederen Einkommen noch mehr als bisher belastet. Unser Redner plädierte für Heraushebung der steuerfreien Grenze von 600 auf 1000 Mark, und für Kommissionsberatung, die von bürgerlicher Seite beantragt war. Rechtsanwalt Fehling, seiner Farbe nach ein Liberaler, meinte, daß wir mit unserer Anregung nur die Rechtslosmachung weiterer Volkskreise bei der Bürgerchaftswahl erreichen würden. Als ob unsere Genossen sich nicht darüber klar geworden sind, daß Hand in Hand mit der Heraushebung der steuerfreien Grenze auch eine Einberung der Wahlrechtsbestimmungen gehen muß. Eine Auffassung, die ihm ähnlich steht, vertrat der Mann aus dem werktätigen Volke, Herr Stender. Er trat dafür ein, daß den zuziehenden Rentnern wesentliche Steuererleichterungen gewährt würden. Wiewohl schwingt er sich schließlich noch zu dem Erkenntnis auf, daß es richtiger wäre, den zuziehenden Geldleuten noch jährlich Geld aus dem Staatsfäkel zuzugeben. Den armen Rentiers wäre das schon recht! Weiter möchte Herr Stender im Interesse dieser „Notleidenden“ den Leuten, die vielleicht das „horrende“ Einkommen von 300 Mk. pro Jahr haben, auch noch Steuern aufknaften. Mit farfätscher Schärfe geißelte Gen. Wissell diesen Standpunkt des Arbeiterfreundes Stender und die Auffassung des Rechtsanwalts Fehling. An der Hand des Entwurfes bewies unser Redner schlagend die Notwendigkeit einer Kommissionsberatung. Nach längerer Debatte, in der Genosse Wissell mehrmals das Wort ergriff, wurde der Antrag auf Kommissionsberatung angenommen.

Zu einer kleinen Auseinandersetzung über „sozialdemokratischen“ Terrorismus bei den preußischen Landtagswahlen kam es zwischen Genossen Stelling und dem Professor Baethcke, aus Anlaß der Beratung eines Senatsantrages auf anderweitige Festsetzung der Gehalte der wissenschaftlichen Lehrer. Unser Redner fragte unter Bezugnahme auf einen Artikel in der „Hamburger Woche“ an, ob es wahr sei, daß bei der letzten Reichstagswahl seitens der Oberschulbehörde die Lehrer, die nicht zur Wahl gegangen, amtlich verurteilt worden seien. Vom Senatstisch wurde diese Frage verneint; ein Einzelfall, der nicht der Oberschulbehörde zur Last zu legen ist, hat sich allerdings ereignet. Herr Professor Baethcke, eines der unympathischsten Mitglieder der Bürgererschaft, konnte es sich nicht verwehren, seinen Daß gegen die Sozialdemokratie zum Ausdruck zu bringen. Er meinte, es ercheine recht sonderbar, daß diese Anträge von jener Seite komme, die bei der preußischen Landtagswahl nachgewiesenermaßen Terrorismus getrieben hätte.
Scharf wies Genosse Stelling darauf hin, daß Terrorismus bei den preußischen Landtagswahlen getrieben worden sei, allerdings in der Hauptsache von liberaler Seite, wie von Landräten und Behörden. Als unser Redner diese Angelegenheit weiter erörtern wollte, wurde er vom stellvertretenden Vorsitzenden Jenne zur Sache gerufen. Den Veranlasser dieser Debatte hatte derselbe nicht zur Ordnung gerufen, was unersetzlich auch sofort festgestellt wurde.
Hiermit waren die Senatsanträge erledigt. Es folgten nunmehr die Initiativanträge. Ein Antrag auf Aufnahme der pensionberechtigten Hilfsarbeiter in den Etat wurde angenommen. Eine längere Debatte zeitigte der Antrag des Herrn A. Pape auf seltene Anstellung der Schulleute und Feuerwehrleute. Aus der Debatte wollen wir nur hervorheben, daß Herr Peters am liebsten die Regelung der seltene Anstellung der Beamten den Behörden überlassen will.
Der Antrag unserer Fraktion auf Gewährung der größtmöglichen Freiheiten in bezug auf das Reichsvereinsgesetz wurde vom Genossen Stelling begründet. Ihm widersprach selbstverständlich der Landrichter Dr. Meyer, den Genosse Wissell treffend abfertigte. Unser Antrag wurde natürlich abgelehnt. — Mit dem Vereinsgesetz beschäftigte sich auch der nächste Antrag, der vorliegt, daß an Stelle der „Lübeckischen Anzeigen“ als Publikationsorgan für öffentliche politische Versammlungen alle in Lübeck erscheinenden Zeitungen bestimmt werden. Der Antrag fand Annahme. Vom Senat ist kaum zu erwarten, daß er dem Beschluß der Bürgererschaft zustimmt und dementsprechend handelt.
Unseren Antrag um Aufteilung wegen Nichtbeilassung einer dreimal zum Mitglied des Gemeindevorstandes in Moisling mit übermäßiger Mehrheit gewählten Gemeindeglieders begründete eingehend Genosse Wissell; unterstützt wurde er von Herrn Aug. Pape, der einen ähnlichen Antrag gestellt hatte. Vom Senatstische wurde erklärt, daß der Betreffende nicht beilässig ist, weil er nach Auskunft des Gemeindevorstandes in Moisling sozialdemokratischer Agitator ist und infolge seiner Arbeit in Lübeck erst abends spät an den Sitzungen teilnehmen kann. Genosse Wissell geißelte dieses Vorgehen auf das schärfste und bewies die Haltlosigkeit der vom Senatstische angeführten Gründe. Herr Dühring, sowie Herr A. Pape schlossen sich unserem Genossen an. Vom ständigen Senatskommissar wurde scharf betont, daß ein Agitator der Sozialdemokratie nicht beilässig würde. Herr Grube aus Moisling veruchte mit geradezu kindlichen Gründen dem Senate beizuspringen. Herr Professor Baethcke möchte gerne mal eine Probe damit machen, wie sich Sozialdemokraten in der Gemeindeverwaltung bewähren. Er möchte die längst widerlegten Unwahrheiten von der sozialdemokratischen Mißwirtschaft in Moisling auf. Genosse Wissell antwortete dem Herrn und verwies darauf, daß auch in der Bürgererschaft auf bürgerlicher Seite ehemalige sozialdemokratische Agitatoren sitzen. Ingedächtiß saufen die Diebe auf den anwesenden Bürgermeistern von Moisling, Herrn Legmeyer, herab. Er schwieg! Auf die unwahren Behauptungen des Professors Baethcke werden wir noch zurückkommen.
Schließlich wurde noch vom Senatstische auf Anfrage erklärt, daß von der Deputation Notstandsarbeiten vorbereitet würden. Man wird abwarten müssen, wie dieselben ausfallen.
Bemerkt sei schließlich, daß bei der Bürgerauschusssitzung diesmal der freijüngliche Triete gewählt wurde. Es geschah also noch Zeichen und Wunder. Genosse Pape erhielt acht Stimmen.
Um 11 1/2 Uhr war die ganze Tagesordnung aufgearbeitet. Ein seltener Fall.

Der ständige Parteisekretär Kuhn ist nach der „Eisenbahn-Zeitung“ in Dresden verhaftet worden. „Wie es heißt, hat er dort Schwindelveruche verübt, indem er sich bei dem Geschäftsführer des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie als der Parteisekretär Kuhn aus Lübeck vorstellte und um ein Darlehen ersuchte, damit er die Reise nach Lübeck antreten könne. Eine größere Reise hätte keine Mittel aufgezehrt. Der Dresdener Geschäftsführer schöpfte Verdacht und bestellte Kuhn auf eine spätere Stunde wieder. Inzwischen zog man Erkundigungen in Lübeck ein, die ergaben, daß Kuhn sich Geld erschwindeln wollte, und erstattete Anzeige. Ein Kriminalbeamter wartete vergeblich auf das Wiederkommen Kuhns, der aber nun doch in Dresden ermittelt und verhaftet worden ist.“ So berichtet das genannte Blatt. Das Amstblatt bemerkt dazu: Wie wir noch hören,

sol Kuhn bereits eine längere Freiheitsstrafe, man spricht sogar von Zuchthaus, hinter sich haben. — Ein netter Sozialistenführer!

Liberaler Berichterstattung. Die imposante Kundgebung, welche die Lübecker Arbeiterschaft am Sonntag gegen das persönliche Reglement veranstaltete, ist den Liberalen anscheinend auf die Nerven geschlagen. Die „Eisenb.-Zg.“ bringt nämlich über das vortreffliche Referat des Genossen Dittmann drei Zeilen, und zwar bezeichnet es die Ausführungen als entsetzlich „langweilig und langweilig“. Wir wollen das tiefer hängen.

Schwurgericht. Wegen vorsätzlicher Brandstiftung hatte sich in der gestrigen letzten Sitzung der diesjährigen Schwurgerichtsperiode zu verantworten der Arbeiter Dittmann aus Kiel. Der Angeklagte war zuletzt vom 6. bis 10. September bei dem Landmann F. Schramm in Niensfelde in Stellung. Am Abend des 1. Oktober brannte ein dem Schramm gehöriger Weizenbienen vollständig nieder und ein zweiter nebenanliegender wurde stark beschädigt. Der niedergebrannte Weizenbienen war mit 2640 Mark versichert; Schramm erhielt 2100 Mark ausgezahlt. Unter dem Verdacht, den Diemen in Brand gesteckt zu haben, wurde Dittmann sogleich in Haft genommen und unter Anklage gestellt. Die äußerst umfangreiche Beweisaufnahme brachte jedoch nicht den Nachweis der Schuld des angeklagten Dittmann. Die Geschworenen fällten nach halbständiger Beratung, entgegen dem Antrage des Staatsanwalts, der der Meinung war, daß der Spruch nur auf „schuldig“ lauten könnte, das „Nicht schuldig“. Der Angeklagte wurde deshalb freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen.

Erfolgslose Suche. Die Schweineflechte auf dem Gehöfte des Arbeiters Wilhelm Sternberg in Schlutup ist erloschen. Die angeordneten Spermaeregeln sind aufgehoben.

pb. Verwundener Hut. Am Sonntag den 22. dieses Monats ist in dem Tanzlokal „Flora“ ein brauner Damensitzhut mit braunem Seiden- und Sammetband und einer Schnalle aus weißem Metall abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Ein wertvoller grauer Sitzhut mit grünem Bande, der wahrscheinlich der Diebin gehört, ist im Lokale zurückgeblieben.

pb. Des Diebstahls verdächtig. Ein hiesiger Arbeiter wurde beim Verkaufe zweier Säcke angehalten, über deren rechtmäßigen Erwerb er sich nicht auszuweisen vermochte. Die beiden Säcke wurden beschlagnahmt. Der eine ist mit roter Farbe gezeichnet. Er trägt die Aufschrift „Maizena“, „Zuttermittel“, der zweite trägt mit schwarzer Farbe die Aufschrift: „Eggenstorfer Salzwerke Hannover“.

pb. Festgenommen wurde ein Dienstmädchen von hier das sich fortgesetzt Diebstähle zum Nachteil seiner Dienstherrschaft schuldig machte.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Mittwoch gelangt bei kleinen Preisen Schillers „Wilhelm Tell“ zur Wiederholung. Diese Vorstellung findet außerhalb des Mittwochs-Tages-Abonnements statt, jedoch behält das Voll-Abonnement seine Gültigkeit. Am Donnerstag geht Ch. Gounods große Oper „Margarethe“ (Haut), welche sich eines so glänzenden Erfolges zu erfreuen hatte, nochmals in Szene. — In Vorbereitung befindet sich die phantastische Komödie „Der Diamant“ von Friedrich Hebbel.

Stadthallen-Theater. Am Donnerstag, abends 8 Uhr, kommt die wirkungsvolle Detektiv-Komödie „Sherlock Holmes“ von Albert Bozenhard, welche mit so stürmischem Beifall aufgenommen wurde, zur nochmaligen Aufführung.

Nie erlahmen

darf die Arbeiterschaft in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist

die Arbeiterpresse.

Jetzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. In dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit

für den „Lübecker Volksbote“ zu agitieren.

Schwartau. Die Parteiversammlung am Donnerstag fällt aus.

Neufeld. Eine Volkversammlung findet am morgigen Mittwoch abend im Lokale des Herrn Sternberg statt. Parteisekretär Weyers-Lübeck wird über das Thema: „Sozialdemokratie und Gemeindegewahlten“ sprechen. Zahlreicher Besuch ist notwendig.

Entin. Ein Einbruch wurde am Sonntag in der hiesigen Verkaufsstelle des Konsumvereins verübt. Dem Dieb war es jedoch nicht möglich, die Kasse zu erbrechen und so mußte er ohne Geld wieder abziehen.

Wandsbek. Bei der Stadtverordnetenwahl wurden unsere Genossen Bruns, von Rosbittl und Efftinger gewählt. Die auf sie entfallene Stimmenzahl beträgt 488-573. Im Jahre 1906 erhielten wir 362-472 Stimmen.

Reumünster. Kindesrötung. Das in der Nähe von Arpsdorf bedienstete geweihte Mädchen Minna Altmann wurde gestern abend unter dem dringenden Verdacht der Rötung des heimlich geborenen Kindes verhaftet. Die Kindesleiche, die zahlreiche Druckstellen am Hals aufwies, wurde beschlagnahmt.

Kiel. Tödlicher Unglücksfall. Beim Nachspringen auf einen schon in Fahrt befindlichen Dampfer der Hafenrundfahrt schlug ein junger Mann mit dem Kopf gegen die Verschlingung und stürzte ins Wasser. Alle sofort angelegten Rettungsversuche waren erfolglos. Der Mann ist ertrunken. — **Ausland.** Auf der Alttinggesellschaft Politische Mühle, dem größten Unternehmen dieser Art in Europa, ist ein Streik ausgebrochen. Infolge Differenzen der Hafenarbeiter mit der Verwaltung haben die Arbeiter zu einem großen Teil die Arbeit niedergelegt.

Sachsen. Moralheuchelei im Ordnungssaat. Seit einigen Jahren besteht hier ein behördlich genehmigtes Bordell, gegen welches die Geistlichkeit kräftig zu Felde zieht. Fortgesetzt werden Denunziationen bei der Staatsanwaltschaft eingereicht. Nachdem die Deputierte erst vor wenigen Monaten von der Strafkammer in

Menschen in niedrigen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, hatten sie sich jetzt vor dem hiesigen Schöffengericht wieder wegen gewerksmäßiger Rupperei zu verantworten. Mit Rücksicht auf die eigenartige Lage der Angeklagten, daß der Betrieb gestattete und gebildet werde (die Inhaberin zahlt 331 Mk. Gewerbesteuer jährlich), kamen sie mit der gefälligst zulässigen Strafe, ein Tag Gefängnis, davon. Die Inhaberin soll außerdem 50 Mk. Geldstrafe wegen Schaulkonvention zahlen. Das Haus gehört einem Privatier in Kiel, der Betrieb liegt in den Händen seiner von ihm getrennt lebenden Ehefrau. — Man hat hier das wenig erbauliche Schauspiel, daß die Behörde einen gefälligst unzulässigen Vorstellbetrieb genehmigt und dafür Ge-

werbesteuer nimmt, während die Gerichte die Vorstellhaberinnen wegen ihres geschwändigen Gewerbebetriebes bestrafen, allerdings äußerst milde. Eine nichtliche Illustration zum Ordnungstaat, in dem die Befehdung Moral heuchelt, während die behördliche Praxis der strafbaren Unmoral die Hintertüren öffnet.

Feiße. Großfeuer. Am Sonnabend abend entstand Feuer in dem hartgedeckten Gewese des Landmannes und Gastwirts Hage in Pahlhude. Die Erntevorräte und ein Teil des Inventars, sowie auch fünf große Ochsen wurden ein Raub der Flammen, das übrige Vieh konnte gerettet werden. Anscheinend liegt Brandstiftung vor. — In Neuenwisch brannten zwei große Scheunen des Postleiters Feuer nieder. 80 Kinder ver-

brannten. Wegen Brandstiftung wurden zwei Rechte verhaftet. Die Serberge in Pahlhude ist ebenfalls eingeeicht.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete, und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Lohwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: T. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Komitee- u. Kommissionssitzungen

D. G. F.
Donnerstag abend 8 1/2 Uhr Versammlung im Vereinshaus.

Am 23. November starb nach kurzer schwerer Krankheit meine liebe Frau
Elisabeth Feddern, geb. Knies,
im 28. Lebensjahre. Tiefbetrauert u. schmerzhaft vermisst von den übrigen.
Otto Feddern und Familie.
Moißling, den 23. November 1908.
Die Beerdigung findet statt am Freitag, den 27. November, um 11 Uhr, zu Genin.

Zum 1. Januar eine kleine Wohnung an ruhiger, am liebsten einzelne Leute. Zu sehen nachmittags. Näheres
Langer Lohbera 45, I. I.

Junge Mädchen
können Weisnähen gründlich erlernen.
Brolingstraße 30, part.

Schulmädchen gesucht
für die Nachmittagsstunden.
David, Feldstraße 2, Mühlentor.

Schöne helle Gangbude
für Mk. 1600.— zu verkaufen. Anzahlung 300—400 Mk. Näheres in der Exp. d. Bl.

Ein moderner Kinderwagen
mit Gummireifen zu verkaufen
Segebergstraße 13, I.

Ein Schaufelpferd und ein gutes Bett
zu verkaufen
Glockengießerstraße 31, part., St.

Zu verkaufen Wuppenstube, Lampe, Petroleummaschine, Ampel, Jackett, schwarzes Kleid
Segebergstraße 7, II.

Feine Wäsche wird sauber gewaschen und geplättet
Waffenmauer 23, II.

Damen- und Kindergarderobe, einfach und elegant, wird billig angefertigt
Kleischauerstraße 30, I., vorne.

Fahrrad-Reparatur-Werkstätte.
Alle Fabrikate werden fachgemäß und billig ausgeführt unter prompter Bedienung.
Emailliciren, Vernickeln billig und gut.
Carl Heynert, Lübeck
Moißlinger Allee 6a. Fernspr. 1272.

Abreisende
aufbewahrt und nachgeliefert werden wegen Hände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus u. Expeditionsgele. Fischergr. 52.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitenf. 24

Erfinder
wenden sich am zweckmäßigsten an bedeutende Patentbureaus, deren Ruf und Leistungsfähigkeit bekannt und über deren Vertrauenswürdigkeit Auskunftsbureau gern Auskunft erteilen.
J. Bett & Co.,
Bureau für Patentverwertung u. Erfindung.
Berlin SW. 48. Q.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 25. Nov.,
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Regelung zur Teilnahme bei Begräbnissen verstorbenen Kollegen.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
3. Antrag der Schwartauer Kollegen.
4. Beschlüsse.
Die Ortsverwaltung.

Friedr. Meyer & Comp.
Buchdruckerei — Buchhandlung
Johannisstraße 46 — LÜBECK — Fernspr.: Nr. 926

Anfertigung von
Plakaten
Broschüren
Flugblättern
Statuten
Mitgliedskarten
Eintrittskarten
Programmen
Festliedern.

Herstellung sämtlicher Buchdruckerarbeiten
in ein- u. mehrfarbigem Druck
Für Massenaufgaben: Rotationsdruck.
Solide Preise. — Prompte Lieferung.

Anfertigung von
Briefbogen
Kouverts
Rechnungen
Quittungen
Mitteilungen
Adresskarten
Zirkularen
Visitenkarten.

Verlag des Lübecker Volksboten

Beerdigungs-Institut Gebr. Müler
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
Uebernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- und Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * * * * * Billigste Preise.

St. Lorenz-Beerdigungsinstitut **Georg Behnck**
— 4 Warendorpstraße 4 —
Sarg-Magazin, Wäsche, Grabstöcke, Kränze.

Viele Tausende
verdanken ihr ausgezeichnetes Wissen, ihre sichere, einträgliche Lebensstellung einzig dem Studium der weltbekannten **Selbstunterrichtswerke Methode Rustin**. Der wissenschaftlich gebildete Mann, Der gebildete Kaufmann, Der Bankbeamte, Das Gymnasium, Das Realgymnasium, Die Oberrealschule, Das Abiturienten-Examen, Die höhere Mädchenschule, Die Handelsschule, Die Mittelschullehrerprüfung, Der Einjährig-Freiwillige, Der Präparand, Der Gerichtsschreiber, Der Militäranwärter. Glänzende Erfolge. Besondere Prospekte über jedes Werk und Anerkennungs-schreiben gratis und franko. — Ansichtsendungen bereitwilligst. — Kleine Teilzahlungen.
Bonnes* & Hachfeld, Verlagsbuchhandlung, Potsdam.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde (G. B.)
Gesellschaftsabend
am Sonntag, den 29. Novemb. 1908, abends 7 Uhr, im Kolosseum.
Karten sind an den bekannten Stellen zu haben und bei den Herren Borkenhagen, Severdesstraße 56, Detmann, Belzerstraße 28, Exter, Hügelstraße 111, Kühl, Ernststraße 24, Möller, Mauer 160, Weiland, Königstraße 70.

Heringe
beste Qualität jeder Art empfiehlt
Fischhalle Hansa
Hänshausen 33.
Weißer Engel.
Morgen Mittwoch:
1. Familienball.
Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr.

Achtung Flußschiffer!
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 25. Nov.,
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet zahlreichen Besuch
Der Vorstand.

Ausspielen
von
fetten Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch
auf einem Ziehbillard
am Mittwoch, den 25. November.
Anfang 10 Uhr morgens. Einzug 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
Georg Sahlmann, Mühlenstr. 41.

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, den 25. November, abends 8 Uhr,
in der „Stadthalle“:
8. Volkstüml. Konzert.

(Orchester 52 Musiker.)
Leitung: Kapellmeister Hermann Abendroth.
Solist: Herr Mathias Wagner (Oboe).
Zur Aufführung kommen u. a.:
Ouverture zu „Carolan“ L. v. Beethoven.
Peer Gynt Suite E. Grieg.
Geschichten aus dem Wienerwald, Walzer J. Strauß.
Sirenenzauber, Walzer E. Waldteufel.
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Hansa-Theater
Theater Variete 1. Rang. Gastspiel von
Grete Gallus
und das große Programm.
Vorverkauf bei Saer bis 5 Uhr.

Stadthallen-Theater.
Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes.
Detektiv-Komödie von Hogenhard.
Vorverkauf täglich 11—1 Uhr im Stadthallen-Theater sowie in den bekannten Stellen: Nagel, Markt 14, und K. B., Mühlenstraße 19.

Neues Stadt-Theater
Kassen-Telephon Nr. 298.
Mittwoch 7 1/2 Uhr. Kleine Preise!
Außerhalb des Mittwoch-Abonnement.
Voll-Abonnement 53.
Wilhelm Tell. Schauspiel von Schiller.
Donnerstag 7 1/2 Uhr. Große Preise!
Voll-Abonnement 54. Donnerstag-Abonn. 8.
Margarethe (Faust). Oper von Gounod.

Die Katastrophe von „Kadob“ beleuchtet von einem Steiger.

Im Fachorgan „Der Steiger“ wird ein Artikel veröffentlicht, der offenbar von einem Steiger der Grube „Kadob“ herrührt, und der sich in sehr sachverständiger Weise über die Ursachen des Grubenunglückes ausläßt.

Es wird erzählt, daß die Ausrichtung des Grubenfeldes mit aller Energie betrieben wurde. „Am 16. November 1906 versendete man den ersten Waggon Kohlen per Bahn. Seht also nach 2 Jahren beträgt die Durchschnittsförderung schon 1350 Tonnen pro Tag. Um das rasche Anwachsen der Förderung zu ermöglichen, wurden die Betriebe sehr stark belegt und sogar des Nachts vor Abbaubetrieben die Bahn beigegeben. Außerdem griff man die anstehende Kohle an, wenn sich nur die Möglichkeit bot, einen Betriebspunkt anzusehen.“ Der Grubenbetrieb soll mit großer Schwierigkeit zu kämpfen gehabt haben. Die Hitze war groß, die Gesteintemperatur betrug 27 Grad. Wenn auch der Wetterstrom diese Temperatur abkühlte, so war es doch noch heiß genug.

„Das größte Übel war der Belegschaftswechsel. Die Zeche besaß, da sie erst 2 Jahre in Förderung stand, keinen Arbeiterstamm. Die Steiger kannten die angelegten Arbeiter nicht. Sie mußten die Kameradschaften auf gut Glück bilden. Da gab es Reibereien, Zank und Differenzen. Dazu kam, daß die Zeche nicht im Syndikat war, und ihre Förderung in dieser schlechten Zeit an den Mann bringen mußte. Sie mußte daher auf reine Kohlen dringen, um ihre Abnehmer zu befriedigen. Da sie keine Wäsche besaß, um die Kohle zu reinigen, mußten die Leute scharf kontrolliert werden. Es wurde viel bestraft, und die Leute machten die Steiger dafür verantwortlich, die doch zu ihrer Handlungsweise von der Betriebsleitung gezwungen wurden.“

Der Schreiber des Artikels erörtert dann die Wetterführung, die er für gut hält, bespricht das Grubenunglück in seinen Einzelheiten, ebenso die Rettungsarbeiten. Er ist der Meinung, daß wirklich niemand mehr zu retten gewesen wäre, als die Grube vermauert wurde und stellt der Betriebsleitung im übrigen ein gutes Zeugnis aus.

Die Ursachen der Katastrophe sieht der Verfasser in einer kleinen Schlagwetter-Explosion, die durch den Kohlenstaub, die große Hitze im Schacht und infolge der mangelhaften Veriefelung diese gewaltigen Dimensionen annehmen konnte. Er führt hierzu aus: „Infolge des großen Druckes und des starken Luftzuges bildete sich viel von dem sammetweichen feinen Kohlenstaub. Dazu kam die vollständige Trockenheit der Grubenbaue, die eine Sättigung der Luft mit Wasserdampf nicht ermöglichten. Auch dadurch wurde die Staubbildung begünstigt. Die Veriefelungsleistungen waren, Kleinigkeiten abgerechnet, in Ordnung. Sondern sie führten des öfteren kein Wasser.“

Im Schacht hatte man unter dem Fleß die Lübbings angebohrt, um Wasser für die Veriefelung zu erhalten. Das Wasser wurde in einem Bassin auf der ersten Sohle geleitet und aus diesem die Rohrleitungen gespeist. Das Strohrohr in den Lübbings lieferte jedoch zu wenig Wasser, um die immer mehr sich ausdehnenden Grubenbaue genügend zu befeuchten. Wurde zum Beispiel Besuch der Bergbehörde angelagt, dann befeuchtete man des Nachts mehr als sonst. Zu Beginn der Morgenschicht waren

dann die Bassins, die sich sonst des Nachts füllten, leer. Es gab einige Stunden kein Wasser, oder Wasser ohne Druck. Hin und wieder setzte sich auch das Strohrohr zu. Während der Schicht fehlte plötzlich das Wasser. Man telephonierte zum Tage, damit das Hochbassin angeschlossen werde. Der Beamte, der dies zu veranlassen hatte, mußte erst gesucht werden. Dann verging einige Zeit, bis die Bassins gefüllt waren. Bis daß wieder beriefelt werden konnte, waren einige Stunden vergangen. Wegen schlechter Veriefelung wurden auch die Unterbeamten von Vertretern der Bergbehörde zur Rede gestellt. Bei einer derartigen Gelegenheit antwortete der Angegriffene, er müsse jegliche Verantwortung für die Veriefelung ablehnen. Die Bergbehörde kannte also den chronischen Wassermangel. In der Unglückswoche waren außerdem an dem kalten Morgen die Wasserleitungen zugefroren, so daß es erst nach der halben Schicht Wasser gab. Auch der Zechenverwaltung waren die leidigen Wasserhältnisse unter Tage kein Geheimnis mehr. Sie unterhandelte seit mehr als 2 Jahren mit der Stadt Hamm wegen Anschluß an die Wasserleitung. Sie hat den Vertrag bis heute noch nicht abgeschlossen, da sie durch ihr Zögern einen Druck auf die Stadtverwaltung wegen Lieferung von elektrischem Strom und dem Bau einer Straßenbahn ausüben wollte.

Der fast immer mangelnde Druck und das öftere Verlagern der Wasserführung sind Übelstände, die bei einer vorchriftsmäßigen Veriefelungsleistung nicht vorkommen dürfen. Aus diesem Grunde ist anzunehmen, daß Kohlenstaub vorhanden war, und daß eine kleine Schlagwetterexplosion durch Kohlenstaub eine größere Ausdehnung erhielt.“

Ferner nimmt der Verfasser des Artikels an, daß deshalb die Folgen des Unglücks so verheerende waren, weil der ganze Betrieb sich auf außerordentlich engem Raum konzentrierte: „Die bei der Explosion entstehenden Gasmassen konnten sich in langen Strecken nicht totlaufen und abkühlen. Der Schlag und Rückschlag wurde überall sofort zurückgeworfen und dadurch entstanden die ungeheuren Verwüstungen.“

Das führt zu dem Schluß, daß „bei derartigen Verhältnissen besonders scharf auf Wetterführung und Veriefelung zu achten ist.“

„Wer trägt die Schuld? Und: wie lassen sich solche Massenunglücke verhüten?“

Die Schuld an dem Unglück ist ein Produkt aus Nachlässigkeiten der Verwaltung und Unterlassungen von Beamten und wahrscheinlich auch von Arbeitern.

Die Verwaltung wollte viel Kohlen fördern. Sie baute ihre Betriebe aus und die Befolgung der Sicherheitspolizeilichen Vorschriften hinkte — mit Genehmigung der Bergbehörde — etwas nach. Die Beamten erhielten Prämien von der Förderung. Sie verdienten viel Geld und wurden gut behandelt. Sie erkannten den Wassermangel. Sie werden auch manchen anderen Verstoß gegen die Bergpolizei gekannt

haben. Ihre Pflicht wäre es gewesen, bei der Verwaltung und wenn das nichts genügt hätte, bei der Bergbehörde vorstellig zu werden und auf Abänderung zu drängen. Aber sie wußten, was ihnen blühte, wenn sie diese Notwendigkeit ausführten. Die Zeche jagte sie zum Teufel und — die Bergbehörde sanktionierte nicht nur dieses Vorgehen der Zechenverwaltung, sondern sie bereitete dem Steiger zur Strafe, falls er überhaupt wieder Stellung erhielt, noch Schwierigkeiten.

Die Hauptschuld an dem Unglück auf Zeche Kadob trägt die Bergbehörde. Sie hat die Pflicht, die verantwortlichen Beamten nach oben und nach unten zu decken, damit diese den Sicherheitsbestimmungen genügen können. Der Schutz gegen die Verwaltung ist jedoch nicht vorhanden. Im Gegenteil: Behörde und Verwaltung sorgen durch gemeinschaftlich rückwärtsloste Vorgehen sich wehrender Beamten, daß dem ganzen Stande das Rückgrat gebrochen wird und bleibt. Und das aller schlimmste ist, daß den Beamten dieser Zustand als der natürliche hingenommen wird. Das berühmte Wort: „Wessen Brot ich esse, dessen Lied ich singe“ wird den Beamten für ihren Beruf als zutreffend geschilbert. Dabei soll doch ihre Hauptpflicht darin bestehen, die Gesundheit der Arbeiter gegen die Gefahren des Betriebes zu schützen. Diese Tätigkeit führt des öfteren zum Handeln gegen die Interessen des Arbeitgebers. Durch diesen inneren Widerspruch entstehen auf die Dauer die Zustände, die sich nicht allein durch Massenunglücke, sondern noch viel mehr durch das Steigen für Unfall- und Erkrankungszißern zu erkennen geben. In diesen Zuständen — und das kann nicht oft genug wiederholt werden — trägt die Bergbehörde die Schuld. Den Beamten kann es kein Mensch verdenken, wenn sie die Behörde zu ihren Zwecken benutzt und die schutzlosen Beamten nach ihrer Pfeife tanzen läßt.“ Der Verfasser schaltet hier in einer Fußnote die Bemerkung ein, daß diese Ausführungen nicht auf Grund des Kadobers Unglückes so scharf ausgefallen seien. „Es sind jetzt einige andere Fälle vorgekommen, die einem anständigen Menschen das Blut zum Sieden bringen müssen.“ Näheres darüber soll in der nächsten Nummer kommen.

In Beantwortung der Frage, wie solche Massenunglücke zu verhüten sind, sagt der Verfasser: „... Die Forderung der Bergarbeiter lautet: „Arbeiterkontrollen.“ Die Beamten verlangen: „Wegfall des Soll- und Prämien-systems.“

Beamten- und Arbeiterschaft zusammen müssen aber vor allen Dingen verlangen, daß die Behörde über den Parteien steht. So wie sie bisher ihre Tätigkeit ausgeübt und ausgeübt hat, geht dies unmöglich weiter.“

Als Beamter bekämpft der Verfasser dann das Vorurteil gegen die Arbeiterkontrollen: „Aber die Arbeiterkontrollen werden in Wirklichkeit den Steiger entlasten. Sie haben ihm ja nichts zu befehlen, sondern sie machen ihre Vorschläge ebenso wie die Bergbehörde der Verwaltung. Sie werden aber infolge ihres Verkehrs mit den Arbeitern die Ausführung kontrollieren können. ... Der Wegfall des „Soll- und Prämien-systems“ ist zu verlangen, damit den Zechen die rigorosen Strafmittel entzogen werden, die ihnen heut zu Gebote stehen. Diese Forderung ist in unserer Eingabe an den Reichstag eingehend begründet.“

Die weiße Nelke.

Kriminal-Roman von J. Kaulbach.

(23. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„Und wer wurde sonst noch vernommen?“ forschte Fluth.

Der Landgerichtsdirektor zog die Uhr; er begann ein wenig ungeduldig zu werden.

„Es wird Ihnen nichts, — gar nichts helfen,“ sagte er, indem er mit der Fußspitze nervös auf den Boden klopfte; „man hat die jetzt ermordete Golabta damals auch vernommen, da sie Vorleserin bei Bruns gewesen war, und man sagte so allerlei über das Verhältnis, — doch auch dieses Verhör blieb ohne Erfolg. Der Sohn des Bruns, der in schlechtem Einvernehmen mit seinem Vater stand, wurde am stärksten verdächtigt, — anfangs; doch ist nachgewiesen, daß dieser erst nach dem Mord von auswärts eintraf. Das ist alles, was ich Ihnen über die damaligen Verhältnisse mitteilen kann.“

Fluth erhob sich. „Ich danke Ihnen für Ihre gütige Auskunft,“ sagte er. „Freilich, viel Neues habe ich nicht erfahren.“

Der Landgerichtsdirektor zuckte die Schultern mit einem Ausdruck, der anzudeuten schien, daß Fluth sich vergeblich bemühen werde in einer Sache, die er — ein erfahrener, gewiegter Jurist — mit aller Mühe schon umsonst durchforscht hatte. Immerhin war es lobenswert, eine so strebsame Kraft gefunden zu haben.

„Ich möchte Ihnen Glück in Ihrer Karriere, mein Herr,“ sagte Elburg sehr gönnerhaft beim Abschied zu August Fluth. „Sie sollten in den Staatsdienst treten, — der Staat schätzt solche Beamten, die es gewissenhaft nehmen und die ...“

„Ich danke verbindlich,“ entgegnete Fluth mit Genugtuung; „ich habe gearbeitet drüben im neuen Erdteil beinahe mit Herbeikraft, damit ich mein eigener Herr wurde; — jetzt bin ich mein eigener Herr, — ein himmlisches Gefühl, Herr Landgerichtsdirektor, — selbst Sie könnten mich darum beneiden.“

Ein halb spöttisches, halb mitteilbares Lächeln zog um die Lippen des Landgerichtsdirektors.

„Dann freilich,“ erwiderte er, „werden Sie keine Vorbeeren ernten.“

„Nicht in Ihrem Sinne,“ sagte Fluth frei, „aber hoffent-

lich in dem meinigen, Herr Landgerichtsdirektor. Ich habe die Ehre, mich Ihnen zu empfehlen.“

Noch nie in seiner Stellung als hoher Beamter war es dem Landgerichtsdirektor begegnet, daß ein junger Mensch ohne Titel, ohne hochklingenden Namen sich so stolz von ihm verabschiedet hatte. Er empfand so gar nicht die innere Größe, die ihm sonst nach einem Besuche niederer Beamten die Brust geschwellt hatte.

Ein wenig enttäuscht über die geringen Anhaltspunkte, die er von dem Landgerichtsdirektor erhalten hatte, schlenderte Fluth durch die belebten Straßen nach dem alten Kaufhaus Bruns. Er war so sehr mit seinen Gedanken beschäftigt, daß er das Menschengewoge garnicht sah, sondern nur mechanisch immer auf einen bestimmten Punkt starrte, etwa einen Laternenpfahl, den er vermeiden mußte, oder eine Straßenecke, wo er einbiegen wollte. „Die Tür, die Tür, die verdammte Tür!“ rief es immerzu in ihm; er ertappte sich darauf, daß er es schon im Takt des Wagenrollens, nach dem Rhythmus des Pferdegetrappels vor sich hin sagte. Dann fragte plötzlich seine Vernunft: „Was willst du eigentlich mit der Tür? Was geht sie dich an?“ „Ja, ja“, kombinierte er dann, wenn ihm erst weiß, daß diese Tür nach dem Hintergebäude wirklich vorhanden ist, dann ist kein Zweifel mehr, daß der Mörder des alten Bruns ein genauer Kenner des Hauses und vielleicht ein Bewohner des Rückgebäudes gewesen ist. Und wenn ich das erst weiß, dann erforsche ich, ob der Kerl noch lebt, so wahr ich Fluth heiße! Der alte Bruns war Claasens Vater, die Golabta verkehrte im Hause des Alten und später in dem des Sohnes, in dessen Zimmer sie ihr Ende fand, — und da soll nun kein Zusammenhang bestehen!“

Er hatte gar nicht bemerkt, daß er bereits an dem großen Torweg des Kaufhauses vorübergegangen war. Jetzt fiel es ihm auf. Er lehnte um und schlug sich vor die Stirn. „Es steigt mir schon zu Kopfe,“ murmelte er. Da sah er, daß das große eiserne Hofstor, das sich neben dem Haupteingang befand, weit offen stand, so daß der Zugang zu den Hintergebäuden frei war. Im Hofe fiel sein Blick auf ein paar Wagen, an denen ein alter Kutscher, von Wassereimern umgeben, herumwusch und büffelte.

August Fluth trat zu dem Alten, der mit seinen dicken Stiefeln in einer Wasserlache stand und mit der triefenden Bürste die Räder blank schneuerte. Der Geruch von Pferde- und dämpfen Werkstätten und Küchenabfällen stieg Fluth unangenehm in die Nase.

„Guten Tag, mein Freund,“ redete er den alten Kutscher an; „Sie sind ja musterhaft fleißig.“

Das Männchen hielt in seiner Arbeit inne, richtete sich ein wenig aus seiner gebückten Stellung in die Höhe und wandte dem Sprecher sein von zahllosen Runzeln durchzogenes Gesicht zu. Mit seinen kleinen, schlau blinkenden Augen blinzelte er ihn an, halb neugierig, halb belustigt.

„Ja“ nickte er, „kein's nicht anders,“ und dann wusch er weiter an seinem Wagen.

„Nun hätten Sie aber wohl verdient, daß Sie das Leben einmal von einer anderen Seite kennen lernten, als nur von der arbeitsvollen.“

Wieder sah der Alte zu ihm empor, aber diesmal so erstaunt, als ob er den Fremden nicht verstanden hätte.

„Nee doch,“ meinte er dann, „was soll ich denn noch mit'm Leben, wenn ich hier aus dem Hof raus muß, und wenn mir meine Pferde nicht bleiben? Das können Sie freilich nicht verstehen, lieber Herr.“

„Doch, doch,“ versicherte Fluth lachend, „Sie sind mein Mann, Alter! Sind Sie denn immer in diesem Hofe gewesen?“

„Zwanzig Jahre wohne ich nu da drüben in dem Flügel, sehen Sie dort, wo der Lindenbaum davor steht, und zwanzig Jahre bin ich hier nu Kutscher, — erst bei dem alten Herrn Bruns, dann bei dem zweiten, dem letzten, und dann bei dem besten von allen, bei Herrn Bäuerle. Und von dem will ich erst weg, wenn sie mich da aus dem Hofstor hinaustragen.“

„Der letzte Herr Bruns, war der nicht so gut?“ fragte Fluth scheinbar harmlos.

Der Kutscher goß einen halben Wassereimer über den Wagen aus und schenkte heftig an den bespritzten Rädern. Dann nahm er eine geheimnisvolle Miene an, näherte sich Fluth, indem er die nasse Bürste weit von sich streckte, und flüsterte diesem zu: „Er is ermordet, — Gott steh' mir bei, — aber 's war'n altes Eckel, sagen Sie's nur ja keinem Menschen wieder.“

Dann wandte er sich wieder seinem Wagen zu und hantierte so eifrig, als ob er ein Veräumnis nachgeholt hätte.

„Hören Sie, mein Bester,“ begann Fluth entschlossen. „Sie könnten mir eigentlich so'n bißchen von den gruseligen Geschichten erzählen, die zurzeit des letzten Herrn Bruns sich zugezogen haben.“

Für sämtliche Beamten birgt das Unglück auf Zeche Nabbod noch eine andere Lehre in sich. Behandelte jeder die Arbeiter anständig. Vergesse keiner einen Augenblick, daß er mit einem Fuße im Grabe steht. Die Vorwürfe, die bei diesem Unglück wegen schlechter Behandlung erklingen, setzen unsern Stand im ganzen Volke und auch im Ausland herab. Wenn auch den Leuten nicht immer recht getan werden kann, so sorge jeder dafür, daß er so handle, daß ihm sein Gewissen von den erhobenen Vorwürfen freispricht. In dieser Hinsicht hat jeder Beamte noch an sich zu arbeiten."

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübeker Volksboten“.

Berlin, den 23. Novbr. 1908.

166. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Sydow, v. Rheinbaben.

Die erste Beratung der Reichsfinanzreform wird fortgesetzt.

Dr. Wiemer (Sp.): Der preussische Finanzminister wies gestern auf die Kulturaufgaben der Einzelstaaten hin. Nun gerade Preußen hätte nach weit mehr auf kulturellem Gebiet leisten können, wenn es nicht Hunderte von Millionen durch seine grundverfehlte Außenpolitik vergeudet hätte. (Sehr richtig! links.) Die Einzelstaaten wollen bei dieser Reichsfinanzreform ein sehr gutes Geschäft machen. Sowohl die Überweisungen aus der Erbschaftsteuer als die aus dem Brauntweinmonopol sollen bedeutend erhöht werden. Dann sollten sie die erhöhten Beträge mindestens zum Teil dafür verwenden, die gesundenen Matricularbeiträge in absehbarer Zeit zu tilgen. (Sehr richtig! b. d. Freis.) Die Festsetzung einer Höchstgrenze der Matricularbeiträge lehnen meine politischen Freunde ab. Wir können den beweglichen Faktor in den Reichsfinanzen nicht entbehren. Der Herr Reichskanzler hat auf die Ausgaben für Sozialpolitik hingewiesen. Gewiss, sie sind in den letzten zehn Jahren von 24 auf 51 Millionen jährlich gewachsen. In derselben Zeit sind aber die Staatsausgaben von 552 auf 824 Millionen gestiegen. (Hört, hört! links.) Die Ausgaben für die Marine von 131 auf 299 Millionen, und dazu sind noch die Ausgaben für die Kolonien gekommen. (Sehr richtig! links.) Der Reichskanzler predigte Sparen. Da müssen wir uns doch wohl in dem Grundgedanken einig sein: Der Kriegsminister muß voran, weil der am meisten sparen kann. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Auch im Privatleben empfahl Fürst Bülow Sparfamkeit. Aber wie soll man die Knechte loben, kommt doch das Ergebnis von oben! (Stkt.) Eine Neigung zu Sparfamkeit und Gepränge ist hervorgerufen, die jeden ruhig denkenden Mann mit Beforgnis erfüllen muß. (Sehr richtig! b. d. Freis.) Der Reichskanzler hat unter den großen Aufgaben des Reichs die Sorge für eine stetige Wirtschaftspolitik aufgeführt. Aber gerade die Wirtschaftspolitik ist in hohem Maße die Quelle der gegenwärtigen Finanznot. (Sehr richtig! links.) Freilich sind wir bereit, an der Besserung der Finanzen mitzuarbeiten. (Bravo! rechts.) Denn wir erkennen den konstitutionellen Gedanken an, daß die Verbindlichkeit der Konsequenzen für die Beschlüsse der Mehrheit tragen muß. Eine neue Ära der Finanzwirtschaft können wir aber von den Vorlagen der Regierung nicht erwarten. Nach ihnen wird alles beim alten bleiben. (Sehr richtig! b. d. Freis.) Der Reichsfinanzsekretär jagte allerdings: „Wer kann was Kluges, wer was Dummes denken, was nicht die Vorwelt schon vor ihm gedacht! Welches der beiden Vorwürfer will er nun auf die Vorlage angewendet wissen?“ (Große Heiterkeit.) — Man will uns fördern mit der Verbilligung des Zuckers. Aber es ist wenig verlockend, für die unsichere Aufhebung einer alten Steuer, neue Steuern einzuführen. (Sehr wahr! links.) Gegen die Abschaffung der Fahrkartensteuer und die Herabsetzung des Portos haben wir natürlich nichts einzuwenden; wir sind aber nicht so naiv, zu glauben, daß die Regierung dies aus Liebe zum Verkehr tut. — Nun zu den einzelnen vorgeschlagenen Steuern. Unser endgültige Stellungnahme behalten wir uns natürlich vor. (Natürlich! b. d. Soz.) Leitender Grundsatz ist für uns die Zurückziehung der Reichen und wohlhabenden Schichten zu den Reichsfinanzen. Das kann nur durch direkte Steuern geschehen. Der Reichsfinanzsekretär hat das wichtige Zugeständnis gemacht, daß die indirekten Steuern die Armeren schwerer belasten als die Reichen. (Sehr wahr! b. d. Freis. und den Soz.) In direkten Steuern kommen, da eine Einkommensteuer in der Tat undurchführbar sein würde (Widerst. b. d. Soz.)

die Reichserbschaftsteuer und eine Reichsvermögenssteuer in Betracht. Gegen eine Reichsvermögenssteuer hat der preussische Finanzminister schweres Geschick aufgeführt. Er sprach von einem wahren babylonischen Turm direkter Steuern, aber wenn in Preußen auf eine Million Vermögen 520 Mk. Steuern bezahlt werden, so kann dieser Satz doch wohl eine Verdoppelung vertragen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Eine Verständigung zwischen Reich und Einzelstaaten sollte über eine Reichsvermögenssteuer ebenso gut möglich sein wie über die Erbschaftsteuer, die auch für unannehmbar erklärt wird. Der nationale Opfermut soll nicht vor dem eigenen Geldbeutel halt machen. (Sehr gut! links.) Was die Erbschaftsteuer betrifft, so vernehmen wir nicht, daß sie manchen Bedenken unterliegt. Aber wenn Herr v. Richtigsohn so patetistisch vom Volksempfinden sprach, warum tragen denn nicht die Konservativen dem Volksempfinden auch in bezug auf indirekte Steuern Rechnung. (Sehr gut! links.) Gegen die Verückelung des Reichserbschafts-Erbrechts mit der Wehrsteuer haben wir sehr schwere, aber vielleicht nicht unüberwindliche Bedenken. (Reichskanzler Fürst Bülow erscheint im Saal.) Man soll nicht immer von dem wirtschaftlichen Vorteil der Leute sprechen, die nicht gedient haben. Der Reserve-Offiziersstil hilft doch oftmals sehr gut vorwärts. (Sehr gut! u. Stkt. b. d. Freis. u. d. Soz.) Das Brauntweinmonopol und die Banderolensteuer sind für uns unannehmbar. (Hört! hört!) Es haben sich ja schon eine ganze Reihe der vorausgegangenen Redner gegen diese beiden Steuervorschläge erklärt. Um den Sieg des Reichskanzlers wird es, um die Worte des von ihm zitierten Schillerischen Gedichtes zu brauchen, immer einfacher und stiller. (Stkt. u. hört! hört!) Das Brauntweinmonopol würde einen ungeheuren Beamtenapparat erfordern. Vielleicht erleben wir noch den Wirklichen Geheimen Reichsbergschnapsrat. (Schallende Heiterkeit.) Auch das Braugewerbe kann die neue Belastung mit 100 Millionen Mark nicht tragen. Ebenso erscheint uns die Weinsteuern in ihrer jetzigen Gestalt nicht annehmbar. Ablehnen müssen wir auch die vorgeschlagene Banderolensteuer für den Tabak. Sie ist die schlechteste Form der Steuer. (Sehr richtig! links.) Die Steuer auf Licht und Kraft lehren wir glatt ab. Die Belastungssteuer des Reichsfinanzsekretärs zeugt nicht von innerer Erleuchtung. (Sehr richtig! bei den Freis. u. Stkt.) Herr Raab gab ihm den Rat, auf neue Erfindungen zu achten, um sie zu Steuerzwecken zu benutzen und ich weiß nicht, ob er an eine neue Art von Manschettenknöpfe dabei gedacht hat. (Große Heiterkeit und Sehr gut! links.) Von der Interatensteuer kann ich nur sagen, werft das Scheusal in die Wolfslucht. Auf die Vorgänge der jüngsten Zeit und die Erklärung des Reichsanzeigers werde ich bei unserem Antrage auf Schaffung eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes zurückkommen, doch jetzt schon muß ich erklären, daß wir Bürgschaften für eine wirkliche Durchführung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten und für die Einheitlichkeit und Stetigkeit der Politik, namentlich im Hinblick auf die Notwendigkeit fordern, eine dauernde Ordnung der Reichsfinanzen zu schaffen. (Bravo b. d. Freis.)

Zimmermann (A.): Der Reichskanzler empfahl uns das Sparen. Ich kann es als Alibi für unsere Wirtschaftsnöte nicht gelten lassen. Ich halte ihn wohl für einen modernen Menschen, möchte ihm aber die Lehre eines anderen modernen Menschen entgegenhalten, des Herrn Rockefeller. Dieser sagt, durch Sparen ist noch nie jemand reich geworden. Sein Grundsatz ist vielmehr: Vorge dir so viel du kannst, um mit fremdem Gelde dir eigenes zusammenzujammern. (Zuruf rechts: Sie sind der rechte Zimmermann. — Große Heiterkeit.) Die großen Vermögen muß man stärker heranziehen. Zumal die Millionäre oftmals eine krankhafte Neigung zur Steuerhinterziehung haben. — Man darf die Reichsfinanzreform nicht, wie dem Reichstage von gewissen Seiten zugemutet ist, en bloc annehmen, aber auch nicht als Revisionsmittel benutzen. — Die Vorlage ist mittelstandsfeindlich und belastet die mittleren und kleineren Existenzen, während sie an Reichgrößen und Genossen schon vorübergeht. (Sehr richtig! b. d. Ant.) Redner hat Bedenken gegen die Nachlasssteuer, ist dagegen für eine Reichseinkommen- oder Reichsvermögenssteuer, gegen die Banderolensteuer, aber für eine Selterswassersteuer, gegen die Gas-, Elektrizitäts- und Interatensteuer, dagegen für Dividenden-, Brievenmark- und Zinsensteuern, für Kohlen- und Kali-Ausfuhrzoll. (Beifall b. d. Ant.)

Schrader (Sp.): Die Erfahrung zeigt, daß für große Reiche schon ein zweijähriger Etat unmöglich ist und jetzt bringt man uns gar einen fünfjährigen, der nichts anderes bedeutet, als die Festlegung der Matricularbeiträge auf 5 Jahre, für welche man die Ausgaben noch garnicht kennt. Wir können uns auf die feste Begrenzung der Matricularbeiträge jedenfalls nicht einlassen und unser Einkommen-

bewilligungsrecht nicht nehmen lassen. (Sehr wahr! b. d. Freis.) Die Not der Kleinstaaten rührt zu einem großen Teile auch daher, daß sie eine zu sehr ausgefallene eigene Verwaltung haben. Zu einer freistehenden Entwicklung unserer Politik durch die Regierung haben wir wenig Vertrauen und ebenso wenig zu unserer wirtschaftlichen und Finanzpolitik. Die Herren, welche die bisherige Politik gemacht haben, verlangen jetzt nicht eine Reform mit solchen Einrichtungen, die eine gute Politik verbürgen, sondern lediglich eine Weiterführung der bisherigen Finanzpolitik. (Sehr wahr! b. d. Freis.) Der Herr Reichskanzler predigt Sparfamkeit, ein wirkliches Sparen ist nur bei den großen Ausgaben, bei den Aufwendungen für unser Heer und unsere Flotte möglich, aber zu einer gründlichen Reform unserer Finanzen gehört nicht nur Sparfamkeit, sondern vor allem eine gesunde Reform unserer gesamten Wirtschaftspolitik. (Sehr richtig! bei den Freis.) In bezug auf die einzelnen Gesehe schließe ich mich dem an, was Abg. Wiemer gesagt hat. Aufmerksamkeit machen will ich nur noch auf die ungemein starken Kontrollenrichtungen und die Vermehrung der Beamten, die in diesen Vorlagen enthalten sind, und dabei sind wir schon jetzt das bestkontrollierte Volk der Welt. (Heiterkeit und Sehr richtig!) Noch eine allgemeine Bemerkung möchte ich machen: Wir bewilligen stets dauernde Einnahmen. In andern Staaten dagegen werden auch die Einnahmen jährlich festgestellt. Ohne Wurren hat man in England eine viel höhere Steuererhöhung, als sie jetzt vor uns verlangt wird, zur Zeit des Burenkrieges ertragen, weil man wußte, daß sie nach dem Kriege wieder beseitigt würde. Bei uns gehört zu einer Steuer-Ermäßigung auch die Einwilligung des Bundesrats, und ich erinnere mich nicht, schon eine Steuer-Ermäßigung erlebt zu haben. (Auf rechts: Zuckersüß! Heiterkeit.) Ja, richtig, das ist die erste; aber hier sprechen bei der Regierung ganz andere Gründe mit. Wir können die Erklärung nicht abgeben, daß wir bereit sind, die Finanzreform zu machen. Wir werden abwarten, wie sie ausfällt. (Bravo! bei der Freis. Vereinig.)

Preussischer Finanzminister von Rheinbaben preist die soziale Fassung der vorgeschlagenen Banderolensteuer. In Amerika besteuert man die Zigarren ohne Rücksicht auf den Wert. Zu der unglückseligen Fahrkartensteuer hat der Reichstag die Regierung gezwungen. (Schallendes Gelächter.) Ohne die bismarcksche Schuppel wäre unsere Wirtschaftslage noch schlechter, als sie jetzt ist. (Lautes Lachen links.) Nach dem Abgeordneten Schrader bekommt man in England alles beinahe umsonst, aber der Tod ist in England nicht gratis, er kostet eine furchtbare Erbschaftsteuer. (Lautes Gelächter links.) — Redner verliest einen seitenlangen Artikel von Calmer aus den „Sozialistischen Monatsheften“. (Auf Scheidemann (Soz.) ruft: ist ja ein Wühlblatt! Zuruf b. d. Soz.: den Calmer schenken wir Ihnen, bravo rechts, große Stkt.) Der Not des Vaterlandes ist mit Ballastmitteln nicht geholfen. Das Volk muß große Opfer bringen. (Bravo rechts, anhalt. Stkt. links.)

Freiherr v. Gamp-Wassfaunen (Npt.). Noch keine Vorlage ist so beifällig wie diese im Lande aufgenommen worden. (Stürmische minutenlange Heiterkeit.) Es handelt sich bei der Vorlage nicht um ein Vertrauensvotum für die Regierung, sondern darum, daß die Nation ihre Bedürfnisse befriedigt. (Heiterkeit.) Redner schilt auf die „maßlose Verschwendung“ und die starke Beamtenvermehrung im Postetat, an der Marine läßt sich nichts sparen, wohl aber etwas am Militärwesen. Dagegen müssen Luftschiffe gebaut werden. — Redner verteidigt sodann die Hochschulzollpolitik gegenüber dem Abg. Schrader und befürwortet eine Reformierung, nicht ein Falllassen der Fahrkartensteuer, sowie eine Reform der Telephongebühren. Daß ein großer Teil der notwendigen Ausgaben durch die Belastung des Besitzes aufzubringen ist, darin sind wir alle einig, aber eine Einkommen- und Vermögenssteuer im Reich neben denselben Steuern in den Einzelstaaten ist doch ganz unmöglich. (Widerspruch links.) Bezüglich der Nachlasssteuer steht ein Teil meiner Freunde auf einem unbedingt ablehnenden Standpunkt. Der Schatzsekretär sagte, ein Todesfall sei für den erbenden Sohn ein glücklicher Zufall. Die Konsequenz eines solchen Standpunktes ist geradezu die freie Liebe. (Lautes Lachen links.) — Sollte die Banderolensteuer angenommen werden, dürften sich Abfindungen an Unternehmer und Arbeiter empfehlen. Die Sätze der Brausteuern ließen sich erhöhen, wenn man den kleinen Brauereien Entschädigungen zahlt. Bei der Gelegenheit möchte ich erneut auf die Verdrängung der Gastwirte durch die schikanöse Sonntagsruhe hinweisen. (Beifall rechts.)

Reichsfinanzsekretär Sydow protestiert gegen die Behauptung des Vorredners, daß im Postetat Verschwendung getrieben werde.
v. Bayer (Südd. Sp.): Steuern bewilligen ist ein

„Aee“, sagte der Alte mit energischem Kopfschütteln, „da derzu bin ich Sie nicht der rechte Mann; ich verstehe mich nicht aufs Erzählen, ich bin immer fester geworden mit'n Händen, als mit der Zunge; und besonders die Geschichten von dem Hause da, — da rühr' ich nicht gern drin rum, das is so, was man Pöcket nennt, bei mir; wenn Sie aber was wissen wollen, gehen Sie nur 'nauf zum Schuster da droben, der haßt da auch schon die sieben, acht Jahre. Der schwächt für sein Leben gern; besonders, wenn seine Leute ihn besuchen, — dann geht's wie'n Mühlrad. Zu weichen und zu beigen hat er nichts, der hat mit seinen Kindern zu hoch hinaus gewollt, die haben'n ausgezogen.“

Fluth ließ sich die Wohnung des Schusters genau angeben; vielleicht konnte er dort irgend etwas Neues erfahren über die Ereignisse, die sich damals hier zgetragen hatten. Immer härter befestigte sich die Ahnung in ihm, daß hier ein Zusammenhang mit dem jetzigen Verbrechen bestand, dessen man den Sohn des eink. Ermordeten beschuldigte. Er sah, wie auf einer Bühne, die gleichen Personen in diesem und jenem Trauerspiel leiden, nur die Art der Schicksale hatte sich verändert! So ging er, nachdem er sich freundlich von dem Alten verabschiedet hatte, den holperig gepflasterten Hof an der linken Reihe der grauen Hintergebäude entlang, bis er zu dem vom Knischer bezeichneten Eingang kam. Er schritt über einen dunklen Vorplatz nach der Treppe und kletterte die ächzenden Holzstufen hinauf. Im vierten Stockwerk machte er Halt und trat in die verlebte Stube. Er vernahm irgendwo ein tafelnäsiges Hämmern, ging dem Geräusch nach und pochte an die nächste, vom Alter geschwartzte Tür.

Jetzt öffnete ihm jemand, und als er den Mann erblickte, der da vor ihm stand, empfand er, daß sich vor verhaltenem Lachen sein Gesicht verzog.

Ja ergebenerhaltung, den langen, dünnen Oberkörper tief geneigt, so tief es die Krümmen, zur Form eines O geformten Beine erlaubten, empfing der Schuhmachermeister seinen feinen Besuch. Erst als August Fluth sich in dem seltsamen, nach El und Leder und Brauntwein duftenden Räume beugte, richtete sich der Mann wieder auf und schloß mit einer theatralischen Gebärde die Tür, wobei die Schöne seines schwarzen, fettigen Rodes eine fliegende Bewegung machte. Dann tief er dem in der Ecke arbeitenden Lehrlingen zu:

„Gib einen Stuhl, Gottlieb, — gib den her, den dreibeinigen.“

Der Knabe mit dem ausgehungerten, schmalen Gesicht und den starren Haaren trug besagten Stuhl herbei und schürzte dann wieder in seine Ecke zurück, wo er sich gehorjam auf seinen Schemel niederließ und an seinem Schuh fort hämmerte.

Fluth gab sich Mühe, auf dem wackeligen Schemel festzusetzen, indem er, um das Gleichgewicht herzustellen, den Ellenbogen auf den Werkstisch stützte, der die rechte Wand des niedrigen Raumes einnahm. Durch die kleinen, hie und da verklebten Fensterscheiben drang nur trübe das Licht des nebligen Tages, und diese graue Beleuchtung verlieh dem Gemach etwas Melancholisches, das die beiden verhungerten Gestalten, die es bewohnten, noch erhöhte; denn auch die Erscheinung des Schusters bot, trotz der unheimlichen Komit, ein Bild ergreifender Dürftigkeit. Mit eigenmächtig tänzelnden Schritten kam er jetzt auf Fluth zu und stellte sich vor diesen hin. Wieder kämpfte der Detektiv mit einer unwiderstehlichen Lust, als die schliefbeinige Gestalt in dem kurzärmeligen Rocke und den engen Hosen vor ihm stand. Und noch ehe der Gast mit einer Frage beginnen konnte, schob der Schuster mit einer unbeschreiblich elastischen Bewegung des Armes einen Haufen Leder und Nägel beiseite und häppte mit graziosem Sprunge auf die Tischkante, dicht neben einem blechernen Leimtopf. Nun sah er mit seinen intelligenten Augen zu dem jungen Manne hin und fragte:

„Was verschafft mir die Ehre? Wünschen Sie Knopfstiefel, — Zugstiefel, — Glaceestiefel?“

Hören Sie auf mit Ihren Stiefeln, Alter, von denen will ich heute nichts wissen.“

Das knochige Gesicht des Mannes bekam einen so schwerwütigen Zug bei dieser Antwort, daß Fluth Mitleid fühlte.

„Na, der Auftrag, oder vielmehr — das Anliegen, das ich an Sie habe“, sagte der Detektiv tröstend, „soll Ihnen viel vorteilhafter sein, als wenn ich ein paar Stiefel bei Ihnen bestellt hätte.“

Der graue Kopf des Alten hob sich in die Höhe, so hoch, daß der dünne Hals sich zu verlängern schien. Er legte die Hand auf die Brust und rief mit Entzuse:

O, gnädiger Herr, — gnädiger Herr, — wer hat Sie zu mir geschickt?“

„Das sollen Sie alles erfahren“, erwiderte Fluth; doch das Lachen war ihm vergangen bei dem Tone, in dem der Schuster jene Worte rief.

„Gnädiger Herr“, — fuhr der Alte fort, — ich

darf wohl sagen, — viel Freude hat es ja nicht gegeben für mich im — im Leben; aber undankbar, — das bin ich nie gewesen, wenn mal so'n ganz klein bißchen Aufbesserung gekommen ist, — so wie heute. Und, — gnädiger Herr, die kam immer gerade noch zur rechten Zeit — immer, wenn ich mir gesagt hatte: Hieronymus, schicke Gottlieben weg und geh' selber in die Pleiße!“

„Aber Alter!“ rief Fluth, dem dies rührende Geständnis des Unglücks nahe ging; „haben Sie denn keine Söhne oder Töchter, bei denen Sie Ihre Tage friedlich beschließen könnten?“

Aber das welke Gesicht des alten Schusters ging ein betrübtes Lächeln. Er streckte seine gefalteten Hände wie beschwörend gegen den Detektiv aus und erwiderte:

„Meine Tochter, — die ist an einen Volksschullehrer in der Nähe von Dresden verheiratet; da sind viele Kinder und wenig Geld, — da mücht' ich nicht zur Last fallen. Meine Söhne, — hier zitterte des Schusters Stimme, — „zwei hatt' ich, gnädiger Herr. Und als nun meine Frau starb, da wollte ich für die Söhne allein leben, — alles für die Söhne, so dachte ich; und ich hoffte, daß ich mal mein eigenes kleines Schuhgeschäft haben könnte. Aber das kam nun anders; man soll sich nie etwas im Kopfe zurechnen, — das Leben verzieht's doch. Ich bin nie zu einem Laden gekommen; was ich in den Schuhgeschäften verdiente, habe ich meinen Söhnen gegeben. Der eine ist nach Amerika gegangen, als er's hier zu nicht brachte, — das Handwerk gefiel ihm nicht, und ich hätte mich ja auch gefreut, wenn was Höheres aus ihm geworden wäre, — ich habe immer den Hang dazu gehabt. Aber Herr, ich habe alles gepart, daß er die technische Hochschule durchmachen und ein Maschinenfach ergreifen konnte. Meine Schuld war's nicht, daß das Geld nie reichte, und daß er nicht vorwärts kam. Da ist er denn schließlich nach drüben gegangen; ich höre nichts mehr von ihm, — nichts mehr; das frigt an mir, Sie können's glauben. Der andere, lieber Herr, das ist ein verlorener Sohn, — wo er in der weiten Welt herumtreift, weiß ich nicht. Er sollte Kaufmann werden, ich hatte ihn in die Lehre gegeben und hoffte, — und hoffte, daß er, — daß er —“

Der Schuster konnte nicht weiterprechen; die Erzählung von all seinen zerstörten Hoffnungen drückte ihm das Herz ab.

(Fortsetzung folgt.)

nächtliches Geschäft und die Finanzreform, Herr v. Camp, ist für uns kein Gegenstand der Verehrung. Mit Begeisterung, wie Herr v. Camp meint, ist sie nicht aufgenommen worden. (Stk. und Sehr richtig!) Begeisterung für Steuern habe ich nur immer bemerkt, wenn andere Leute die Steuern bezahlen sollen. (Stk.) Die Aufstellung des Reichsfinanzamts über den notwendigen Bedarf ist für uns kein Evangelium. Jedenfalls ist es ganz unbillig, daß das Defizit in den letzten zwei Jahren von 250 auf 500 Millionen gestiegen ist. Die ganze Grundlage der Berechnung ist unrichtig. Nach dem Rezept des Reichsfinanzamts würden wir im Jahre 1914 100 Mill. Mt. überschuldet haben. (Widerspr. u. Sehr richtig!) Der Reichskanzler hat in dem Tone fast väterlichen Wohlwollens, den er neuerdings anzuschlagen beliebt, (Stk.) Spariankeit empfohlen. Es scheint böse mißverstanden zu sein, denn das Kriegsministerium macht neuerdings dem Grafen Hoppellin Schwierigkeiten bei der Übernahme seines Postens. (Wört! hört!) Der Reichskanzler sollte das Kriegsministerium wissen lassen, daß er daran bei seiner Mahnung zur Spariankeit nicht gedacht hat. (Lebhaftes Bravo!) Die Subsidien des Brauereimonopols und der Tabaksteuer hätte der Herr Schaffmeister gar nicht erst übernehmen sollen. Daß diese Steuern als Leiden auf dem Schlachtfeld liegen bleiben würden, hätten wir ihm von vornherein sagen können. (Stk.) Das Schicksal der Finanzreform wird davon abhängen, ob es gelingt, über eine Reichsvermögenssteuer zur Einigung zu kommen. (Beif. links.) Wir verlangen nicht, daß die Finanzreform erst in Angriff genommen wird, wenn die von uns geforderten Verfassungsrechtlichen Garantien gegeben sind, aber die konstitutionellen Akte müssen neben der finanziellen herantreten. Wir müssen erst genau wissen, was vom Volke gefordert wird, und wieviel oder wie wenig an politischen Rechten ihm geboten wird, ehe wir uns endgültig entscheiden können. (Lebhafter Beifall b. d. Rechten.)

Reichsfinanzminister Sydow verteidigt gegenüber dem Vorredner den geforderten Bedarf von 500 Millionen. Wenn der Vorredner sagt, ich würde froh sein, wenn ich 300 Millionen bekäme, so kann ich nur sagen, ich bekomme sie nicht. (Heiterkeit.) Aber mit 300 Millionen würde der Reichstag nicht ganze, sondern halbe Arbeit machen. Von Ersparnissen will ich gar nicht mehr reden, denn je mehr ich davon spreche, umso mehr sehe ich mich dem Vorwurf aus, etwas zu versprechen, dem die Tat nicht folgt. (Zuruf links: Kommt auch so. Heiterkeit.)

Darauf vertag sich das Haus. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr: Interpellationen über das Grubenunglück auf Reche Raddob.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, 29. November 1908.
Der Wortführer Dr. Görg eröffnet die Sitzung um 6 1/2 Uhr mit einem Nachruf für das verlebte Bürgerchaftsmitglied Freytag. Weiter teilt er mit, daß am kommenden Sonntag die Bürgerschaft gemeinsam mit dem Senat das neue Stadttheater besichtigen wird. Um eine schnellere Erledigung der Initiativanträge zu ermöglichen, sollen häufiger Bürgerchaftssitzungen stattfinden.

Wissell wünscht, daß die Bürgerschaft ihre Beratungen nicht bereits um 10 Uhr abends abbrechen, sondern länger tagen sollte.

Mühsam regt an, daß Anträge, die nicht vorher von 10 Mitgliedern unterzeichnet sind, nicht durch die Tagesordnung gehen.

Der Wortführer hält das nicht für angängig. Hierzu äußert sich noch A. Bape und Wissell.

Der Wortführer Dr. Görg teilt ferner mit, daß ihm eine Eingabe von einer Versammlung der Staats- und Gemeindeglieder zugegangen ist, in welcher der Senat ersucht wird, im Bundesrat gegen die Einführung der Gas- und Elektrizitätssteuer zu wirken. Endlich ist eine Eingabe eines Herrn Fick eingegangen, die aber derartige persönliche Invektiven gegen Richter, Bürgerchaftsmitglieder usw. enthält, daß sie nicht zur Verlesung kommen soll.

Zur Beratung steht nunmehr der Senatsantrag betr. Begrenzung der Vororte der Stadt Lübeck.

Der Senatsantrag wird genehmigt.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Herstellung eines Bösch- und Ladeplatzes an der Schlüter Wyl und eines neuen Sicherheitshafens für die Fischereifähne daselbst.

Der Antrag gelangt zur Annahme.

Nunmehr steht zur Beratung der Senatsantrag betr. Einrichtung des ehemals Fürstlichen Hauses für die Belegung mit Kranken.

Dühring erucht den Senat, baldigt eine Erweiterung des Krankenhauses vorzunehmen. Die dafür nötigen Mittel müssen wir trotz der häufigen Mahnung nach Spariankeit anwenden. Die Räume des alten Krankenhauses sind lange nicht mehr ausreichend für die Unterbringung der Kranken. Weiter bittet Redner um Berücksichtigung der Wünsche der heiligen Handwerker bei Vergebung von Submmissionen.

Senator Dr. Vermehren erwidert, daß noch vor Ablauf dieses Jahres seitens des Senates der Bürgerschaft ein Antrag auf Ausführung von Erweiterungsbauten zum Krankenhause zugehen solle. Der Senatsantrag will ein notwendiges Provisorium schaffen.

Jenne: Der Bürgerschaft dürfte es allgemein — bis auf Herrn Dühring — bekannt sein, daß die Behörden tätig sind, um die Pläne für die Erweiterungsbauten des Krankenhauses auszuarbeiten. Redner tritt sodann für die Aufhebung der Verordnung betr. die Cholerafahr ein, die für Fremde leicht unnötig Unannehmlichkeiten im Gefolge haben könne.

Senator Dr. Neumann: Es wird geprüft werden, ob es möglich ist, die Verordnung schon jetzt aufzuheben.

Ritter: Die Deputation trägt den Wünschen der Handwerker nach Möglichkeit Rechnung.

Dühring vertritt nochmals seinen Standpunkt. Heise wünscht, daß bei der Einführung neuer Senatoren die Bürgerschaft zugezogen wird.

Der Senatsantrag wird darauf angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft Nachbewilligung von 7818,81 Mt. auf die Ausgaben der Staatsirrenanstalt im Rechnungsjahre 1907.

Stender bittet, den Neubau der Staatsirrenanstalt zu beschleunigen.

Senator Dr. Fehling: Das Projekt wird gegenwärtig von einer Kommission eingehend geprüft.

Wissell kritisiert das Vorgehen des Senates, der Gelder, die bei einer Position erspart werden, für andere Zwecke ausgibt. Ein solches Verfahren ist nicht richtig und deshalb stimme ich gegen die Senatsanträge.

Senator Dr. Fehling verteidigt das Vorgehen der Behörde und meint, daß nur bei Bauten so verfahren werden könne, wie der Vorredner für richtig halte.

Dimper bestätigt, daß die Kommission zur Prüfung der Vorlage herr. den Neubau einer Staatsirrenanstalt fleißig gearbeitet und heute Bericht erstattet hat.

Wissell bleibt bei seiner Ansicht, betr. die Verwendung der Gelder.

Senator Dr. Fehling: Man könnte allerdings dem Wunsch Wissells leicht entsprechen, wenn der Antrag auf

Bevollmächtigung der ganzen Summe aus der Mitte der Bürgerschaft gestellt würde.

A. Bape ist derselben Ansicht wie Wissell.

Prof. Dr. Baethcke stimmt Wissell zu und wünscht, daß ein entsprechender Antrag gestellt wird.

Wissell lehnt das ab.

Der Senatsantrag wird darauf angenommen.

Debattelos genehmigt wird der Senatsantrag betr. Erlass eines zweiten Nachtrages zu dem Gesetze vom 27. Mai 1899, die Verwaltung der Einkommensteuer betreffend.

Der nächste Senatsantrag betrifft den Erlass eines neuen Einkommensteuergesetzes.

Jenne glaubt, daß die finanziellen Wirkungen dieser Vorlage nicht zu übersehen sind, daß ferner noch andere Steuerprojekte in der Schwebe sind, und beantragt, den Senatsantrag an eine Kommission zu verweisen.

Senator Dr. Vermehren kann keine stichhaltigen Gründe für die Verweisung der Vorlage an eine Kommission erkennen. Der Senatsantrag verhandelt keine Einseitigkeit einer Anregung der Bürgerschaft. Der Vorstoß des Senates bedeutet eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustande. Mit den übrigen Steuerprojekten und dem vorgeschlagenen Einkommensteuergesetz besteht kein Zusammenhang. Wird die Vorlage heute nicht verabschiedet, so würde die Folge sein, daß das Gesetz im kommenden Jahre noch nicht zur Durchführung gelangen kann.

Stellung: Die Gründe, welche Senator Vermehren gegen die kommissarische Beratung der Vorlage angeführt hat, sind nicht stichhaltig. Wir erkennen an, daß das Prinzip der Beweglichkeit der Einkommensteuer eine Verbesserung darstellt, weil dadurch das Budgetrecht der Bürgerschaft erweitert wird. Die Vorlage sieht die Erhebung von 4-6 Einheiten vor. Da bei der chronischen Finanznot des Staates jedenfalls ständig sechs Einheiten erhoben werden, so würde das auch eine stärkere Heranziehung der kleineren Einkommen bedeuten, für die wir nicht zu haben sind. Zugabe ist, daß den Steuerzahlern, die über ein kleineres Einkommen verfügen und eine größere Kinderzahl besitzen, durch event. Gewährung von Steuerfreiheit Erleichterungen zuteil werden können. Wir sind der Ansicht, daß man Einkommen bis 1000 Mark überhaupt steuerfrei lassen sollte, doch stelle ich keinen diesbezüglichen Antrag, weil derselbe doch keine Aussicht auf Annahme hätte. In Hamburg sind beispielsweise die Einkommen bis 900 Mt. steuerfrei. Redner erklärt sich für den Antrag Jenne.

Rechtsanwalt Fehling wundert sich, daß Stellung die Anregung gegeben hat, Einkommen von unter 1000 Mt. steuerfrei zu lassen. Dadurch würden viele minderbemittelte Leute das Wahlrecht verlieren. Dafür würden aber die davon betroffenen Parteigenossen des Vorredners diesem gewiß nicht dankbar sein. Zwischen der Einkommensteuer und den übrigen in Aussicht stehenden Steuerprojekten besteht sicherlich ein Zusammenhang. Eine Kommissionsberatung ist notwendig. Vielleicht läßt es sich möglich machen, alle Steuerpläne, auch das neue Einkommensteuergesetz, gemeinsam zu beraten. Am besten würde sich dazu eine gemeinsame Kommission eignen.

Mühsam: Wenn man die Vorlage an eine Kommission verweisen will, so müssen doch zunächst in der Bürgerschaft der Kommission Wünsche und Direktiven mit auf den Weg gegeben werden. Das ist aber bisher nicht geschehen. Redner schildert sodann die Entstehung der Vorlage und erklärt sich schließlich gegen die kommissarische Beratung.

Stender: Wenn ein Mitglied der Steuerbehörde, wie es von Herrn Mühsam geschehen ist, selbst erst im letzten Augenblick Anträge stellt, obwohl er allen Beratungen beigewohnt hat, so wird in der Bürgerschaft noch viel mehr Unklarheit herrschen. Redner regt an, hier zuziehenden Rentnern eine Ermäßigung der Einkommensteuer zu gewähren. Mit Herrn Stelling's Ausführungen, der wünschte, daß Einkommen bis 1000 Mt. steuerfrei bleiben sollen, könne er sich nicht einverstanden erklären, denn wer Rechte haben will, der muß auch Pflichten auf sich nehmen. Möglich ist es vielleicht, eine Ermäßigung für die kleinen Einkommen vorzunehmen. Wichtig wäre es, schon die geringsten Einkommen zur Einkommensteuer heranzuziehen. Redner ist für Kommissionsberatung.

Senator Dr. Fehling: Wenn man eine gemeinsame kommissarische Prüfung aller Steuerprojekte wollte, so hätte man das bereits vor einem Jahre beantragen sollen. Will man aber jetzt doch noch eine Kommissionsberatung, so müßte man zunächst zum Ausdruck bringen, daß man prinzipiell mit der Vorlage einverstanden ist.

Wissell widerspricht der Ansicht Fehlings, daß durch die Freilassung der Einkommen bis 1000 Mt. diesen Leuten das Wahlrecht genommen werde. Man könne leicht einen entsprechenden Passus in das Gesetz einfügen, durch welchen das verhindert wird, was Herr Fehling für richtig hält. Wundern müsse er sich über den Standpunkt Stenders, der die Einkommen aus dem Erwerbsebenen höher besteuern will, als die fundierten. In Preußen vertritt man mit Recht den entgegengesetzten Standpunkt. Freig ist es, wenn in der Vorlage gesagt wird, in Preußen sei die Bestimmung aufgehoben, nach welchen Personen des Beurlaubtenstandes mit einem Einkommen von weniger als 3000 Mark bei militärischen Übungen Steuererlaß erhalten können. Diese Bestimmung besteht noch heute. Weiter kritisiert Redner, daß in Zukunft unter Umständen ein Mann das Einkommen seiner Frau versteuern soll, welches sie vor Eingehung der Ehe gehabt hat und das dem Manne somit nicht zugute gekommen ist. Die kommissarische Prüfung der Vorlage sei notwendig, unbekümmert darum, ob das Gesetz bereits im nächsten Jahre durchgeführt werden kann oder nicht.

Rechtsanwalt Fehling: Was Herr Stelling sagte, war etwas anderes als das, was Herr Wissell da herausgehört hat. Er scheint übrigens die Verfassung nicht richtig lesen zu können. Die Anträge Mühsam sind beachtenswert und rechtfertigen allein schon eine kommissarische Prüfung der Vorlage.

Der Wortführer Dr. Görg regt eine Änderung des Antrages Jenne in der Richtung an, daß die Bürgerschaft sich zunächst grundsätzlich für die Beweglichkeit der Einkommensteuer ausspricht, im übrigen aber die Vorlage an eine Kommission verweist.

Senator Dr. Vermehren wendet sich gegen die Ausführungen Wissells, nach denen ein Ehemann unter Umständen das voreheliche Einkommen seiner Frau versteuern muß. Das ist unrichtig.

Wissell bleibt bei seiner diesbezüglichen Ansicht. Gegenüber Fehling bemerkt er, daß doch auch in dem vorliegenden Gesetzentwurf Steuerfreiheit für kinderreiche Familien vorgesehen ist, ohne daß den Leuten das Wahlrecht genommen werden soll. Was hier möglich ist, kann auch auf Personen ausgedehnt werden, die auf Grund ihres kleinen Einkommens von der Steuer befreit sind.

Senator Dr. Vermehren beharrt gegenüber Wissell auf dem von ihm vertretenen Standpunkt.

Jenne spricht sich für die Modifizierung seines Antrages im Sinne der Anregung des Wortführers aus und montiert verschiedene Einzelheiten der Vorlage.

Mühsam erklärt, daß er seine Anträge aus der Praxis heraus gestellt habe. Nicht die kleinen Leute sind es, welche Steuerbeträge hinterziehen, sondern reiche Leute. Bei einem Todesfall wurde festgestellt, daß 20 000 Mt. an Steuern

zu wenig gezahlt worden sind. Da hätten die Erben gern das Doppelte nachzahlen können.

Prof. Baethcke verteidigt den Standpunkt Stenders, der eine Ermäßigung der Steuer für Rentner verlangt.

Damit ist die allgemeine Beratung erschöpft.

Mühsam begründet darauf seine Anträge. Der erste lautet: Zusatzantrag zu § 3 des Einkommensteuergesetzes. Vor dem letzten Absatz einzufügen: 9. von dem Einkommen, das in Lübeck gesetzlich einer Wertwachstumssteuer unterliegt. Dieser Antrag solle verhindern, daß Leute, die infolge eines Grundstücksverkaufs Gewinn erzielen, sich der Steuer durch Fortzug nach Schwartau usw. entziehen, wie das jetzt häufig der Fall ist. Weiter wird durch die Einführung des vorgeschlagenen Zusatzantrages ein späterer Nachtrag zum Einkommensteuergesetz bei Einführung der Wertwachstumssteuer überflüssig.

Schulmerich befreit letzteres.

Der nächste Antrag Mühsam lautet: Abänderungsantrag zu § 5 des Einkommensteuergesetzes. Der dritte Absatz des § 5 erhält folgende Fassung: Ein angefangenes Hundert wird für voll gerechnet; jedoch soll bei einem Einkommen bis zu 2000 Mt. das angefangene Hundert erst dann berücksichtigt werden, wenn der überbleibende Betrag dem der Erhöhung des Steuerjahres gleichkommt. Die einzelnen Steuerjahre ergeben sich aus der Anlage A zu diesem Gesetze. Dadurch solle eine bestehende Ungerechtigkeit beseitigt werden.

Der folgende Antrag Mühsam hat nachstehenden Wortlaut: Zusatzantrag zu § 23 des Einkommensteuergesetzes. Zwischen den ersten und zweiten Absatz einzufügen: Ist ein Steuerbetrag gegen die im ersten Absatz des § 13 vorgeschriebene Steuererklärung erst nach dem Tode des Steuerpflichtigen zur Kenntnis der Steuerbehörde gelangt, so ist an Stelle der im § 19 angedrohten Strafe, außer der vorgeschriebenen Nachzahlung und Verzinsung des Steuerbetrages ein Zuschlag in gleicher Höhe zu erheben.

Senator Dr. Neumann sieht in diesem Antrag eine Verbesserung der Vorlage.

Der letzte Antrag Mühsam lautet: Abänderungsantrag zu V (Seite 106) der Vorlage. An Stelle des in Zeile 9 mit den Worten „Zinsen eigenen Kapitals“ beginnenden Satzes folgenden zu setzen: „dagegen dürfen Zinsen des Anschaffungspreises diesem selbst dann nicht hinzugerechnet werden, wenn der Gegenstand seit der Anschaffung keine Nutzung genährt hat“.

Senator Dr. Neumann: Der Antrag Mühsam ist geradezu eine notwendige Verbesserung.

Darauf wird der Antrag Jenne auf kommissarische Beratung angenommen. Die Kommission soll aus sieben Mitgliedern bestehen.

Beim Senatsantrag auf Aufhebung des Artikels 94 des Unterrichtsgesetzes und anderweitige Festlegung der Gehalte der wissenschaftlichen Hilfslehrer an den höheren Schulen fragt

Stellung an, ob es richtig ist, daß seitens der Oberbehörde an Lehrer Verweise erteilt wurden, weil sie ihr Reichstagswahlrecht nicht ausgeübt haben. Die „Hamburger Woche“ hat aber derartige Vorkommnisse berichtet, auch die hiesige Presse hat davon Notiz genommen, ohne daß von der Behörde ein Widerspruch erfolgt wäre. Wenn die Sache sich so verhält, wie es in der „Hamburger Woche“ dargestellt ist, so würde das einen schweren Eingriff in die verfassungsmäßigen Rechte von Staatsbürgern bedeuten, den ich lebhaft bedauern würde. Vorläufig enthalte ich mich jedoch der Kritik, um zunächst die Antwort des Senates zu hören.

Senator Dr. Fehling: Die Behauptungen der „Hamburger Woche“ sind nicht zutreffend. Es ist nur richtig, daß der inzwischen verstorbene Schulrat einem Gewerbeschullehrer Vorhaltungen gemacht hat, weil er nicht gewählt hat. Der Mann war damals bereits krank.

Baethcke wundert sich, daß diese Anfrage von einem Mitgliede der Partei gestellt worden ist, die bei den preussischen Landtagswahlen krassen Terrorismus geübt hat.

Stellung: Ich freue mich darüber, daß vom Senatliche die Behauptungen der „Hamburger Woche“ bestritten werden. Wenn Professor Baethcke von dem Terrorismus meiner Partei bei den preussischen Landtagswahlen gesprochen hat, so muß ich demgegenüber betonen, daß gerade die bürgerlichen Parteien, auch die liberalen, den größten Terrorismus geübt haben. Auch seitens verschiedener Behörden ist das geschehen. (Große Ruhe.)

Der erste Stellvertreter des Wortführers, Jenne, ersucht den Redner, nicht auf die preussischen Landtagswahlen einzugehen.

Stellung: Dann möchte ich den Wortführer bitten, in Zukunft die Lebenswürdigkeit zu bejagen, auch andere Herren, die daselbst taten wie ich, zur Sache zu rufen.

Prof. Baethcke bleibt dabei, daß die Sozialdemokratie Terrorismus verübt hat.

Dühring fragt an, wie es mit der Gehaltserhöhung der Hilfslehrer stehe.

Senator Dr. Vermehren: Eine entsprechende Vorlage ist dem Bürgerausschuß zugegangen.

Ohne wesentliche Debatte wurden folgende Senatsanträge angenommen: Legung von elektrischen Lichtkabeln in der Lindenstraße, Hansastraße usw. Versorgung des Willenbaugeländes Cleverbrück bei Schwartau mit Gas. Nachbewilligung an die Verwaltungsbeförde für städtische Gemeindeanstalten zur Ausgleichung ihrer Abrechnung vom Rechnungsjahre 1907. Herstellung einer Wasserkanalage und Erweiterung des Gaswerkes II.

Der Wortführer teilt mit, daß zu Mitgliedern des Bürgerausschusses Landrichter Dr. Meyer und Hermann Thiele gewählt seien. Genosse A. Bape erhielt 8 Stimmen.

Nunmehr stehen die Initiativanträge zur Beratung. Der erste, von Klein gestellte, lautet: Die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, die Aufnahme der pensionsberechtigten Hilfsarbeiter in den Beamtenbesoldungsetat in Erwägung zu ziehen.

Dr. Wenda ist der Ansicht, daß die Annahme dieses Antrages unnötig sei, nachdem ein weitergehender Antrag Goers angenommen ist. Die pensionsberechtigten Hilfsarbeiter sind nicht mit den Beamten gleichgestellt.

Schneider plädiert in längeren Ausführungen für den Antrag Klein und wünscht, daß die Zahl der pensionsberechtigten Hilfsarbeiter vermehrt werde.

Lippert befürwortet den Antrag Klein und kritisiert das Mißverhältnis zwischen den pensionsberechtigten und nichtpensionsberechtigten Hilfsarbeitern. Es ist nicht notwendig, daß die pensionsberechtigten Hilfsarbeiter im Etat mit Namen genannt werden, aber die Stellen müssen im Etat erscheinen.

Dühring bittet ebenfalls um Annahme des Antrages Klein, der ein Meßen der Beamten und pensionsberechtigten Hilfsarbeiter mit zweierlei Maß beseitigen soll.

Prof. Dr. Baethcke bejweifelt, ob die Aufnahme des pensionsberechtigten Hilfsarbeiters in den Etat eine Änderung in dem Verhältnis der pensionsberechtigten Hilfsarbeiter herbeiführen wird. Redner meint, daß man dem Antrage Klein wohl zustimmen könnte.

